

Ostland-Berichte

Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

Inhaltsverzeichnis.

Propaganda.

Die Universität Posen und die Korridorfrage	1
Die Aufgaben der akademischen Jugend Oberschlesiens	3
„Das Werk eines Jahrzehnts“	4
Die Tagung der „See- und Flugliga“ in Rattowiß	6

Forschungsergebnisse.

Rudnicki, M., Mewe, das Land Wańska und der nordische vanampten (Wanenmythus)	7
--	---

Politische Fragen.

Ruecker, E., Deutschland, Preußen und Polen	12
Zur Geschichte der oberschlesischen Aufstände	21
Posen und Warschau	25

Wirtschaftliche Fragen.

Zur Frage der Intensivierung der polnischen Landwirtschaft	26
Der Kampf um den Hafen	28

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

Die Universität Posen und die Korridorfrage.

Für die Woche vom 2.—9. Dezember 1928 hatte die Studentenverbindung „Baltia“ an der Universität Posen die Veranstaltung einer pommerellischen Woche geplant. Es sollten u. a. Vorträge über die kaschubische Kunst und über die kaschubische Landschaft gehalten werden. Angeblich weil kein Saal in der Universität Posen frei war, kamen diese Vorträge nicht zustande, und die ganze Veranstaltung beschränkte sich auf eine feierliche Eröffnungsitzung, die am Sonntag, den 2. Dezember, stattfand.

Gefangs- und Orgelvorträge umrahmten zwei Vorträge; und zwar sprach als erster der Posener Universitätsprofessor Sigismund Wojciechowski, der auch im Namen des Rektors der Universität die Festigung eröffnete. Nach ihm sprach der bekannte Führer der jungkaschubischen Bewegung, der in Karthaus als praktischer Arzt tätige Dr. Majkowski¹⁾ über die „Entwicklung der kaschubischen Idee von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum großen Weltkrieg“, wobei er sich besonders mit der Tätigkeit und Person Ceynowas beschäftigte.

Nähere Angaben macht die Posener Zeitung „Kurjer Poznański“ über diesen Vortrag nicht, dagegen gibt sie den Vortrag des Professors Wojciechowski zum großen Teile wörtlich wieder. Wojciechowski ging davon aus, daß die erste Erwähnung Polens aus dem Jahre 963 stammt und die Kämpfe seines ersten Herrschers Misaka (Mieszko) um Warthe- und Odermündung, also um Westpommern, zum Anlaß hat. „Vier Jahre später befindet sich dieses Pommern schon innerhalb des Rahmens der polnischen Staatlichkeit und teilt von nun an mit dem polnischen Staate Glück und Unglück. Man muß also daran denken, daß die Geschichte Polens mit der Geschichte Pommerns beginnt und nicht mit der des heutigen Teiles, sondern mit der des histori-

1) Vgl. „Ostland-Berichte“ Jhg. 2 (1928) Nr. 7, S. 126.

schen Pommerns, das zwischen dem Unterlauf von Oder und Weichsel gelegen war.“

Daß diese angeblich enge Verbundenheit Pommerns mit Polen, für die der Vortragende übrigens keine historisch einwandfreie Quellenstelle anführen könnte, nicht lange gedauert hat, muß er selbst zugeben, denn im nächsten Satz erwähnt er, daß Pommern sich unter Boleslaw Chrobry von der Herrschaft der polnischen Fürsten befreit habe. Und dann verging selbst nach den Ausführungen unseres Vortragenden ein ganzes Jahrhundert, bis es Boleslaw Schiefmund gelang, Westpommern in eine zeitweilige Abhängigkeit von Polen zu bringen. Diese hörte aber auch bald wieder auf, und seit 1181, da bekanntlich der Herzog von Westpommern die Lehnshoheit des deutschen Kaisers anerkannte, war den Absichten der Polen in dieser Richtung endgültig ein Riegel vorgeschoben.

Der Vortragende wies mit Recht darauf hin, daß der Übergang Westpommerns in die deutsche Einflußsphäre für Polen den Verlust des Landes Lebus und Schlesiens mit bedingt hat.

Durch nichts erwiesen ist aber die folgende Behauptung des Vortragenden: „Ostpommern jedoch, das Danziger Pommern, bewahrte, nachdem es auf seine besondere Weise die Periode der Teilfürstentümer durchgemacht hatte, den Charakter eines integrierenden polnischen Landes und bildete zugleich mit Großpolen das territoriale Fundament des ersten Königreichs Polen des auf die Teilfürstentümer folgenden Zeitraums, das heißt des Königreichs Przemysławs II.“ Mit diesem recht dunklen Satze geht der Vortragende geschickt über das Jahrhundert von 1170—1270 hinweg, aus dem wir eine Fülle einwandfreier urkundlicher Zeugnisse dafür besitzen, daß Ostpommern oder wie wir es auch nennen, Pommerellen, in keinerlei staatlicher Abhängigkeit gegenüber Polen stand, ja sogar unter seinem bedeutenden und energischen Fürsten Swantopolk (1220—1278) im höchsten Maße feindlich den Polen gegenüberstand.

Und daß Pommerellen eben kein „integrierendes polnisches Land“ war, beweist hinreichend der Umstand, daß es erst durch seinen letzten kinderlosen Herrscher dem Herzog von Großpolen im Jahre 1282 geschenkt werden mußte, ehe es das „Fundament“ des von diesem geschaffenen ersten Königreichs Polen bilden konnte.

Auch hätte der Vortragende erwähnen können, daß Pommerellen nicht als „integrierendes polnisches Land“, sondern lediglich auf dem Erbweg an den Nachfolger Przemysławs II., an Wladyslaw Lokietek, gelangte und zwar nicht als geschlossenes Gebiet. Denn große Teile des Landes besaß der Deutsche Orden schon vorher, da sie ihm von dessen Eigentümer, dem Fürsten Sambor, geschenkt worden waren.

Auch daß die Ansprüche des Ordens auf den Rest Pommerellens eine rechtliche Grundlage darin gefunden hatten, daß der Orden den Brandenburgern ihre Anrechte abgekauft hatte, vergaß der Vortragende zu erzählen. Statt dessen behauptet er, indem er auf die Ereignisse nach 1309 übergeht: „Und es begann für Polen der anderthalb Jahrhunderte dauernde Zeitraum ohne Zugang zum Meere.“ Tatsache ist, daß für die Behauptung, Polen habe vor dem Jahre 1309 für längere oder kürzere Zeit über Pommerellen und Danzig hinweg einen Zugang zum Meere besessen, sich auch nicht der geringste historisch einwandfreie Beweis erbringen läßt. Im Gegenteil, mindestens für die Zeit von etwa 1180—1294 ist der sichere Beweis zu führen, daß Polen diesen Zugang nicht besessen hat. Und höchstens für die Zeit von 1294—1308 — also für einen Zeitraum von 14 Jahren — könnte mit starken Einschränkungen behauptet werden, daß das polnische Herrschaftsgebiet sich zeitweilig bis zur Ostsee ausgedehnt habe.

Doch unserem Vortragenden kam es ja darauf an, bei den Hörern den Glauben zu erwecken, daß Pommerellen seit Urzeiten ein „integrierendes polnisches Land“ gewesen sei. Und so behauptet er auch, nachdem er in seiner historischen Skizze zum Jahre 1919 gelangt ist, daß Polen Pommerellen erhalten habe, nicht nur „dank der internationalen Situation, sondern auch dank dem Umstande, daß das polnische Element in Pommerellen die Zeiten der allerschlimmsten Unterdrückung überdauert“ habe.

Aber noch sei Polen in seinem Besitze Pommerellens nicht unbestritten. Und man müsse diesen Bestrebungen, welche den Polen

das Eigentumsrecht an Pommerellen streitig machen wollten, nicht nur mit tatkräftiger Abwehr begegnen, sondern auch mit dem „Bewußtsein von der Rechtmäßigkeit des eigenen Standpunktes, einem Bewußtsein, das sich bilden kann dank der Kenntnis von den Tatsachen, dank der Geschichtskennntnis. Denn die Geschichte zeigt die vom Gesichtspunkte der Ethnographie, Geographie und so vielem andern begründeten Rechte Polens auf. Und die Empfindung dieser Rechtsgültigkeit, die Überzeugung, daß das wurzelechte Polen nicht nur das ist, das bei Gnesen, Posen und Danzig, sondern auch das bei Stettin, bei Lubasz, genannt Frankfurt an der Oder, bei Breslau und an den Flußläufen von Bober und Queiß — diese Überzeugung schafft eine solche seelische Widerstandskraft gegenüber allen Korridor-Ansprüchen, daß man sie nicht mit vielen Divisionen ersetzen kann. Daß die akademische Jugend diese Aufklärungsarbeit übernommen hat, gibt uns die Garantie, daß die pommerellische Frage in Mark und Bein der polnischen Gesellschaft eindringen wird.“

Wir sind der Meinung, daß diese Worte, welche der Posener Professor der Geschichte, hier in Vertretung des Universitätsrektors, gesprochen hat, keines weiteren Kommentars bedürfen. Sie zeigen, wie der Geist des „Westflavischen Instituts“ selbst auch von Männern der Wissenschaft Besitz ergreift, die bisher als ernste und beachtenswerte Forscher gelten konnten.

[„Kurier Poznański“, Nr. 558 (4. XII. 1928), S. 4.] (3)

Die Aufgaben der akademischen Jugend Oberschlesiens.

Am Beginn seiner Ausführungen bezeichnet der Verfasser es als Aufgabe der akademischen Jugend, Polen so zu festigen, daß es „zwischen Hammer und Amboss“ (d. i. Rußland und Deutschland) dem Angriff widerstehen kann. Einer der möglichen Wege, dieses Ziel zu erreichen, ist nach dem Verfasser der „Regionalismus“, die heute in Polen anscheinend an Einfluß gewinnende heimatkundliche Strömung, deren Ziel es ist, die besonderen Werte der einzelnen Teilgebiete zu betonen und zu entwickeln¹⁾, um auf diesen gefühlsmäßigen Grundlagen eine neue Staatsideologie aufzubauen. Für Schlesien formuliert der Verfasser das Problem folgendermaßen: „Zunächst gehört Schlesien zu denjenigen Teilgebieten, um die sich ein ungewöhnlich erbitterter politischer Kampf abspielt. Zweitens ist Schlesien, das sich durch Jahrhunderte hindurch außerhalb des Mutterlandes entwickelte, das jüngste Teilgebiet, soweit es sich um sein soziales und kulturelles Zusammenleben mit Polen handelt.“ Und es wird erst dann mit dem übrigen Polen zu einer Einheit zusammenwachsen, „wenn es ihm außer der Kohle auch kulturelle Werte liefert.“ Die Hebung der Kultur in Oberschlesien wird auch politisch gute Folgen haben, denn „eine geschlossene aufgeklärte Bevölkerung läßt sich heute nicht (mehr) einem fremden Staat einverleiben.“ Außer dieser auf die Abwehr gerichteten Aufklärungstätigkeit hat die oberschlesische Jugend noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen: „Nicht ganz Schlesien kam an Polen. Unsere Aufgabe ist es, darüber zu wachen, daß das Band zwischen den beiden Hälften nicht zerreißt, denn damit geht das Polentum dort zu Grunde. Es wird nicht zu Grunde gehen, wenn auf dieser Seite der Grenze ein Wachstum der Macht, deren Ausstrahlungen auch zu ihnen hinüberreichen, zu verzeichnen sein wird. Die akademische Jugend aus dem polnischen und nichtpolnischen Schlesien trifft in den Universitäten zusammen und hört gemeinsamen Organisationen an. Im Schoß dieser Organisationen muß eine gegenseitige Beeinflussung stattfinden, damit die kulturell-soziale Tendenz . . . keine Grenze kenne.“

[„Polska Zachodnia“, Nr. 298 (27. X. 1928) und Nr. 300 (29. X. 1928).] (6)

¹⁾ Dieser „Regionalismus“ ist durchaus zu unterscheiden von dem „Teilgebietenbewußtsein“, wie es von Warschau aus in Schlesien, Polen oder Pommerellen bekämpft wird.

Unter diesem Titel ist in Warschau eine Schrift erschienen, als deren Verfasser Professor S. Mościcki und St. Łoza zeichnen. Und zwar aus Anlaß des 11. November 1928, des zehnjährigen Jahrestags, an welchem die deutsche Okkupationsverwaltung im Generalgouvernement Warschau ihr Ende fand, des Tages, der bezeichnender Weise als der Geburtstag des polnischen Staates offiziell gefeiert worden ist.

Der Ton der Schrift ist durchweg panegyrisch, und schon die Ereignisse, welche den 11. November 1918 herbeiführten und ihm folgten, werden von diesem Gesichtswinkel aus dargestellt. So wissen unsere Verfasser zu berichten:

„. . . . die polnischen Truppen unternahmen unverzüglich die Aktion der Entwaffnung der Deutschen, deren Zahl damals bis zu 150 000 Mann mit Artillerie, Flugzeugen und bedeutenden Waffen — sowie Munitionsvorräten, betrug Diese Entwaffnungsaktion, die mit Bravour und vielfach fast mit bloßen Händen (!) ausgeführt wurde, lieferte in unsere Hände bedeutende Mengen von Kriegsmaterial . . .“
 Daß diese mit „Bravour“ durchgeführte Entwaffnungsaktion lediglich darin bestand, daß die Polen die von den deutschen Truppen (meist Landsturmbildungen) freiwillig niedergelegten oder fortgeworfenen Waffen an sich nahmen, dürfte den Verfassern selbst nur zu gut bekannt sein. Über den Abtransport der deutschen Truppen von der russischen Ostfront heißt es später (S. 6), daß sie so schnell als möglich über Ostpreußen nach Deutschland abgeschoben werden mußten, „um nicht die Reste rauben zu lassen“.

Daß diese Erinnerungsschrift sich auch in anderer Hinsicht nicht gerade genau an die Geschichte hält, wird ferner aus folgendem ersichtlich (S. 8): „Außerhalb des Staatsgebiets verblieben die Gebiete, die von den evangelischen Masuren, die polnisch denken und fühlen¹⁾, bewohnt werden . . .“
 Und über Oberschlesien heißt es: „Die Aufstände in Oberschlesien führten dazu, daß uns als Ergebnis der Abstimmung vom 20. März 1921 Teile der Länder zuerkannt wurden, die im 14. Jahrhundert von Polen losgerissen worden waren.“
 Im Anschluß daran heißt es betr. Danzig: „Am 10. Januar 1920 wurde uns durch den Friedensvertrag von Versailles der Zugang zum Meere zuerkannt. Dieser Zugang wurde allerdings erschwert dadurch, daß an der Mündung der Weichsel das Gebiet der Freien Stadt Danzig geschaffen wurde, mit der Polen anfangs, wegen der zielbewußt geführten deutschen Agitation, viele Schwierigkeiten gehabt hat. Aber die kluge Politik Polens im Laufe dieses Jahrzehntes, welche die Reibungen milderte, sowie der geplante und schließlich mit großer Energie durchgeführte Bau des eigenen Hafens in Gdingen und der Seeflotte verbesserten unseren Besitzstand am Meere außerordentlich.“

Bezeichnend ist es auch, wenn schließlich bei Erörterung des Staatsgebietes gesagt wird: „Außerhalb der Staatsgrenzen blieben folgende, entweder von einer polnischen Mehrheit bewohnte oder früher zum polnischen Staatsgebiet gehörende Kreise: Osterode, Allenstein, Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Lötzen, Johannsburg — im preußischen Seengebiet; Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Schlochau und Flatow — von dem ehemaligen Königlichen Preußen; Schwerin, Meseritz und Fraustadt — von der früheren Wojewodschaft Posen; Kreuzburg, Oels, Oppeln, Gr. Strehlitz, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg — in dem früher polnischen Schlesien.“ (S. 8/9.)

Die sich mehr durch Kürze als gerade durch besonderen Inhalt auszeichnenden Erörterungen über die Innenpolitik enthalten über die Minderheitenpolitik folgende Bemerkung: „Die kluge und tolerante (!) Politik gegenüber der Bevölkerung anderer Rasse und anderer Religion, sowohl im Osten wie im Westen, führte zu einer grundlegenden Wandlung im Verhalten dieser Bevölkerung, die anfänglich dem polnischen Staate feindlich gesonnen war und separatistische Tendenzen hegte. Dank dieser Politik verschwinden die Unterschiede und die feindlichen Gesinnungen immer mehr“ (S. 12.) Dieser Satz dürfte bei allen Minderheiten, die von dieser „klugen und toleranten

1) Von uns gesperrt. (Red.)

Politik“ hinreichende Beweise erlebt haben, einige Verwunderung erregen. Es sei nur an die Auflösung des Deutschbundes, den großen Fromada-Prozeß gegen die Weißrussen und die Verfolgung der ukrainischen Bewegung erinnert.

Bei den Ausführungen über die „L a n d w i r t s c h a f t“ finden wir folgende, sehr offene Äußerung über die rein politischen Beweggründe bei der Durchführung der sogenannten „Agrarreform“: „Die Parzellierung ist vor allem im Posenschen durchgeführt, wo aus den Händen der Deutschen große Gebiete übernommen wurden (u. a. die ausgebreiteten Krotoschiner Güter des Fürsten Thurn und Taxis, sowie die Besitzungen Bethmann-Hollwegs), ferner im Osten des Staates. Die Parzellierung, im Verein mit der Ansiedlung von polnischer Bevölkerung, hat außerordentliche Bedeutung für den Staat, denn sie schafft einen lebenden Wall, der aus einer Bevölkerung besteht, die stets bereit ist, ihre Besitzungen und die Unversehrtheit des Staates zu verteidigen.“ (S. 31.)

Über die wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Okkupationsverwaltung berichten unsere Verfasser bei Besprechung von Handel und Industrie: „Ebenso wie die Russen . . . vernichteten auch die Deutschen systematisch alles, was die Russen nicht vernichten konnten. Deutschland zog aus Polen alles, was irgendwelchen Wert besaß, heraus . . . Um eine eventuelle Konkurrenz zu verhindern, falls die Okkupationsgebiete Deutschland zufallen sollten, scheute man nicht vor der Sprengung bzw. der Verbrennung von Fabrikgebäuden zurück¹⁾. Der Lodzer Industriebezirk, der während der Kämpfe um Lodz 1914 teilweise vernichtet worden war, wurde während der Okkupation endgültig ruiniert. Das gleiche kann man von anderen Zentren wie: Warschau, Zyrardow, Dombrowa-Revier, sagen.“ (S. 32.)

Schließlich dürften noch die Ausführungen über die „Meeresfragen“ Interesse erwecken. Hier heißt es: „Die Zuerkennung des Fensters zur Welt, d. h. der 146 Kilometer Ostseeküste, gestattet dem Staate freier zu atmen. Zwar gaben für uns feindliche Einflüsse das seit jeher polnische Danzig²⁾ nicht an Polen, sondern bemühten sich sogar, Polen das Zusammenleben mit der neugeschaffenen Republik an der Weichselmündung zu erschweren, jedoch die kluge und guldige Politik Polens führte zu einem harmonischen Zusammenleben, um so mehr als Danzig begriff, daß es dabei allein gewinnen könne. Nichtsdestoweniger ging Polen, um sich an der Ostsee eine unabhängige Stellung zu sichern, 1924 an den Bau eines eigenen Hafens in Gdingen (zuerst langsam, von 1926 an ungewöhnlich energisch).“ (S. 34.)

Die weiteren Ausführungen über die polnische Seepolitik bringen nichts Neues gegenüber den in den „Ostland-Berichten“ bereits gegebenen Mitteilungen. Es sei nur noch eine der bezeichnenden Stellen über Danzig hier wiedergegeben: „Der Danziger Hafen zieht, trotz der von gewissen örtlichen Faktoren geführten Polen feindlichen Politik aus den Beziehungen zu Polen Vorteile und bereichert die Danziger, ähnlich wie in der Zeit vor den Teilungen. Während die Politik Preußens offen zum Schaden Danzigs handelte, indem sie die Häfen in Stettin und Königsberg begünstigte, wuchs der Umschlag im Danziger Hafen in den Nachkriegsjahren zu vorher unbekanntem Ausmaß an.“ (S. 36.)

Zum Schluß sei noch eine Bemerkung angeführt, die den Verfassern augenscheinlich unbemerkt entchlüpft ist, denn sie paßt so gar nicht in die Tendenz der Schrift. Während die Verfasser sich bei jeder Gelegenheit bemühen, die Einwirkungen Deutschlands auf seine östlichen Gebiete und auch auf Kongreßpolen als schädlich darzustellen, widersprechen sie sich an einer Stelle selbst. Während 3. B. auf S. 32 behauptet wird, die Industrialisierung der Provinzen Posen und Westpreußen sei absichtlich von den preußischen

1) Von uns gesperrt (Red.).

2) Von uns gesperrt. (Red.) Es ist zu beachten, daß Professor Mścicki zukünftiger Historiker ist und im Warschauer Radio dauernd Vorträge über historische Themen, besonders aus der polnischen Geschichte hält.

Behörden verhindert worden (die Industrialisierungspolitik des Oberpräsidenten v. Gofler scheint unsern Verfassern unbekannt geblieben zu sein), müssen sie an anderer Stelle, bei Besprechung des Verkehrswesens selbst zugeben: „Von den Gebieten, welche in den Bestand des Staates aufgingen, besaß allein das preußische Teilgebiet ein für die Bedürfnisse des Landes ausreichendes Eisenbahnnetz, das außerdem in einem hervorragenden Zustande war.“

[„Czyn Dziesięciolecia“, 52 S., Warschau 1928.] (1)

Die Tagung der „See- und Flußliga“ in Kattowitz.

Am 20. und 21. Oktober 1928 fand in Kattowitz die von 200 Delegierten besetzte Tagung der „See- und Flußliga“, im Beisein des Wojewoden Grazyński, des Ministers Kwiatkowski, sowie einer Reihe von Vertretern der Behörden statt. In der ersten Rede lenkte der Tagungsvorsitzende, der frühere Handelsminister Kiedroń, das „Augenmerk auf die Anschläge unserer Feinde, die sich der Entwicklung des See-Gedankens in Polen entgegenstellen wollen, und wies ferner auf die Entwicklung Gdingens hin, das . . . schon heute eine Bürgschaft dafür bietet, daß es im Notfalle imstande sein wird, alle Anschläge unserer Feinde abzuweisen.“

Aus dem Rechenschaftsbericht des Direktors Uziembło entnehmen wir, daß die Liga gegenwärtig 20 000 Mitglieder besitzt. Anfänglich habe die Liga mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, aber „schließlich kam, dank intensiver Arbeit und ausgiebiger Unterstützung der gegenwärtigen Regierung alles, was an Propagandaschlagworten aufgestellt wurde, in Bahnen schneller Verwirklichung.“ Uziembło erwähnte noch, daß neben den Einzelmitgliedern 400 Gemeinden im polnischen Staatsgebiet als Kollektivmitglieder der Liga beigetreten sind, „die so Propagandazentren für die Liga geworden sind.“

Von den auf der Tagung gehaltenen Reden ist die Rede des Wojewoden Dr. Grazyński am bedeutendsten. Darin heißt es u. a.: „Von den frühesten Zeiten unserer Geschichte an bildet das Problem des Meeres eine der wichtigsten Fragen unserer Staatspolitik, denn der Zugang zum Meer ist die sichere Garantie unserer politischen und wirtschaftlichen Freiheit.“ Einer der ältesten polnischen Chronisten habe berichtet, daß „als die polnische Ritterschaft zum ersten Male an die Küste gelangte, sich aus ihrer Brust der Ruf „das Meer“ erhob¹⁾ . . . und dieser uns aus dem Nebel der Vorzeit überkommene Ruf der Ritterschaft Boleslaws: „das Meer“, soll die Devise der vereinigten und programmäßigen Arbeit von Volk und Staat sein.“

Insbefondere betonte der Wojewode noch die Stellung Schlesiens und forderte schließlich, daß „bei der Propaganda für die Idee der See auch gleichzeitig die öffentliche Meinung für Schlesien und Pommerellen „organisiert“ werden soll, . . . damit nach außen sichtbar werde, daß niemand strafflos nach diesen Gebieten die Hand ausstrecken darf.“

Die weiteren Reden (Minister Kwiatkowski sowie Ingenieur Kiedroń) enthalten im Wesentlichen bereits bekannte Dinge²⁾.

Von dem ferneren Verlauf der Tagung sei noch erwähnt die Übertragung des Protektorats über die Liga an den Staatspräsidenten und die Ernennung des Handelsministers Kwiatkowski zum Ehrenmitglied der Liga.

[„Polska Zachodnia“, Nr. 292/293 (21./22. X. 1928); „Głos Prawdy“, Nr. 311, S. 3.] (8)

1) Sollten das nicht Schul-Erinnerungen des Herrn Wojewoden sein in Anknüpfung an Xenophon?

2) Vgl. 3. B. „Oftland-Berichte“ Jhg. 2 (1928) Nr. 8, S. 158.

Wie alle andern Arbeiten des Posener Professors zeichnet sich auch die nachfolgend besprochene durch eine Fülle beigebrachten sprachlichen Materials und phantasiereiche, scharfsinnige Schlussfolgerungen aus. Das Ganze ist aber nur eine Aneinanderreihung von Möglichkeiten, ein lustiges Gebäude von Hypothesen, das aber nur selten die Grenze der Wahrscheinlichkeit und fast nie die der Gewißheit erreicht.

Der Verfasser geht davon aus, daß er nach den neueren Untersuchungen der Wanenfrage sicher sei, daß das altnord. Vanir ethnischen Charakter besitze, und daß Professor Mikkola (Helsingfors), der die deutsche Bezeichnung der Slaven „Wenden“ damit in Verbindung bringe, darauf hingewiesen habe, daß der Stamm *Van-* im Gebiet der baltischen Lechen vorkomme, obgleich er dem Namen selbst germanischen Ursprung zuschreibe. Wenn auch der von Mikkola angeführte Personenname *Van* aus dem Jahre 1163 auf einer falschen Lesung beruhe, so sei doch das Vorkommen des Stammes *Van-* auf lechischem, besonders polnischem Gebiet unbefreitbar, wie zahlreiche Beispiele zeigten. Den Stamm *Van-* findet Rudnicki nun auch in dem Namen der terra *Wanśka*, was *Wanśka* zu lesen sei (bisher las man *Wąska* und brachte das Wort mit *wąski* = eng, schmal in Verbindung).

Den Namen des Hauptortes des Landes, *Wewe*, in ältester Form *Gmew*, erklärt er als Adjektivbildung vom Stamm *gm-*, den er auch in dem Namen *Chmielno*, das eine volksethymologische Umbildung des mehrfach überlieferten *Gmelno* sei, und Gemlich wiederfindet; die Bedeutung von *gm-*, neben dem auch die Ablautstufen *gum-* und *gym-* aufträten, sei „Berg, Erhebung“ gewesen. Identisch mit dem Namen des Landes *Wanśka* sei der des Klosters *Wanżka* (Amt Strelitz), andere Bildungen vom Stamme *Van-* steckten in dem Namen *Wanzeberg*, *Wanżlich* und *Wanige* (Land Wenigen) in Mecklenburg. Die Ablautstufe *van-*, *von-* sei sehr verbreitet in Ortsnamen des polnischen Sprachgebietes (wobei aber auch *Wonneberg* hierfür in Anspruch genommen wird!), vereinzelt auch *un-*, und vielleicht *ven-*. Ebenso auf dem Gebiet der baltischen Lechen. Auch Personennamen seien mit diesem Stamme gebildet, und zwar bei den baltischen Lechen mit *vene-* (*Wenezlaus*, *Wenemar*), bei den Polen mit *une-* (*Uniesław*). Weiter dürfe man die Ablautstufen *dyn-*, *vyn-*, *ven-* (daraus *wian-*) und *jun-*, woraus *in-*, erwarten, für die alle sich Belege beibringen ließen. Für *in-* komme u. a. die *Ihna* in Pommern in Betracht, der Flußname *Unia* lege die Vermutung nahe, ob nicht das in Flußnamen auftauchende Suffix *-unia* (in *Radunia* = *Radaune*, *Wardunia* = dt. *Wardaune*, *Kaldaunen-Fließ*) damit identisch sei. Als Grundbedeutung des in allen diesen Ablautstufen erscheinenden Stammes *even-* will Rudnicki „weich, flüßig, jungsein“ erschließen.

Rudnicki wendet sich dann zur Besprechung des deutschen Wortes *Wenden*. Der Stamm dieses Wortes erscheine in den Formen *Vant-*, *Vand-*, *Vanet-*, *Vinid-*, *Vened-*, in deren verschiedenen Ausgängen man Suffixe sehen müsse. Auf lechischem Boden ließen sich nun die Suffixe *-t-*, *-d-*, *-et-*, *-ot-*, *-ed-*, *-id-* alle nachweisen, besonders die mit *t*, so an dem Stamme *val-*, *vol-* „groß“ (z. B. in den verschiedenen Namen der Wilzen: *Velti*, *Veleti*, *Veletabi*, *Velatabi*, *Wuelikabi*, *Wlotabi* und Ortsnamen).

Dieselbe Ableitungsform, wie in *Veltz* vom Stamme *val*, zeige sich in **Ventz* und daraus **Vetz* vom Stamme *ven-*; die Bedeutung sei: „kühner, mutiger Krieger“ (mit der Entwicklung *van-* „weich, jung sein“, also: „kühn, mutig stark sein im Vergleich mit den an Kraft geschwächten Alten“). Und wie neben *Veltz* sich weiter *Vel-etz* usw. feststellen ließen, so könnte man neben **Ven-tz* auch **Ven-etz* usw. annehmen, woraus man die germanischen Formen gewinne, die sich sonst nicht analysieren ließen. Rudnicki bemüht sich dann, die Form **Ventz* (**Vetz*) nachzuweisen, (welche die Grundlage seiner Ethymologie bildet, aber gerade in den germanischen Formen des Wendenamens nicht nachweisbar ist) und findet sie in dem mehrfach im 14. Jahrhundert in mecklenburgischen Urkunden überlieferten

Personennamen Went (neben Wend) und in Ortsnamen (Wentower See, Wentſchow, Wentwald, Wentorp, Wentran). Auch ein *Wen-, „Wende“ möchte er aus dem polab. weńske, weńskia = wendisch erschließen. Auf polnischem Boden findet Rudnicki die Form *Węſ mehrfach wieder, ebenso die Ablautform *Wąz (aus *Won-tz), die vereinzelt sich auch auf baltisch-lechischem Gebiet finde. Keltischen Ursprungs könnte daneben die Form *Winida- aus *Wenefo- sein, die auf die Slaven übertragen sei, als diese die einst keltischen Länder an der Donau, in Böhmen und Bayern sowie am Harz besetzten, ebenso das aus spätkeltischem *Windo-, *Wendohervorgegangene germanische Wend-, wenn auch hierfür ein slavisches *Wen-id- nicht unmöglich sei.

Nachdem Rudnicki die bisherigen Ergebnisse seiner Untersuchung dahin zusammengefaßt hat, daß der Stamm Wan- auf dem Gebiete der lechischen Sprachen reich vertreten sei und eine Bedeutung besitze, die der eines Ethnikons nahe stehe, wendet er sich zur Besprechung der Wanengötter. Der Ausdruck wanagod bezeichne, wie nach der Analogie anderer Namen zu schließen sei, einen Gott, der vom Volke der Wanen verehrt wurde, und dies Volk, oder vielmehr seinen Namen müsse man mit dem auf lechischem Gebiet festgestellten ethnischen Namen identifizieren. Zwar sei der sprachlich-ethnische Inhalt des Namens der Wanen nicht ohne weiteres zu bestimmen, es stehe aber nichts im Wege, in ihnen einen lechischen (pomoranischen oder polnischen) Stamm zu sehen. Dafür spräche einmal die Lokalisierung der mit dem Stamm Wan- gebildeten Orts- und Personennamen und dann eine Reihe sachlicher Momente. Ihrem Wesen nach seien die Wanengötter im Gegensatz zu den übrigen Gestalten der nordischen Mythologie heitere Gottheiten, woraus man schließen könne, daß sie aus einem südlichen Lande und einem Lande mit höher entwickelter Landwirtschaft gekommen seien. Weiter seien es reiche Gottheiten, deren Reichtum seine Quelle in Handel und Schiffahrt habe, was besonders auf die Weichselmündung hinwiese, wo durch den Bernsteinhandel wohl schon lange vor Christus ein Sammelbecken des Reichtums entstanden sei. Endlich seien die Wanengötter lichte, sonnige und zugleich Seegottheiten, was sich nicht durch die etymologischen Bezeichnungen ihres Namens erklären lasse, sondern daraus, daß sie aus einem sonnigeren, reicheren, fruchtbareren Lande als Skandinavien, das jenseits des Wassers, d. h. der Ostsee an der Mündung der Weichsel oder der Oder, gelegen habe, stammten.

Die Wanengötter seien Njordhr (ursprünglich eine weibliche Gottheit, die Nerthus des Tacitus, die „terra mater“, später männlich und Sohn der terra mater) und seine Kinder Freyr und Freyja aus *Franja-, deren ursprüngliche Namen aber Fricca und Frigg aus *Frijan-, *Frija- (aus *Prija-n- *Prija) gewesen seien. Der Kultus des Fricco in Upsala weise unzweifelhaft Beziehungen zu dem Kultus des Priapos in Griechenland auf. Dieser Kultus sei aus Thrakien gekommen. Bei den Wanengöttern weise ihr Reichtum an Gold vielleicht auf ihre ursprüngliche Lokalisierung in der Nähe der siebenbürgischen Goldgruben hin (der den Germanen, Slaven und Letten gemeinsame Name des Goldes sei sicher schon sehr früh zu ihnen gekommen, wohl an der Weichselmündung, wo die drei Stämme sich berührten, die Letten säßen ja noch heute auf der kurischen Nehrung). Priapos habe in Griechenland und sicher auch in Thrakien Beziehungen zur Landwirtschaft gehabt, besonders als Schützer der Gärten und Felder gegen Vögel und Diebe, eine Funktion, deren Reste sich bis heute in dem Aufstellen von Vogelscheuchen, die alle männlichen Geschlechts seien, erhalten hätten. Die Annahme Jungners, daß Priapos als Frigg durch Vermittlung der Skiren und Bastarnen nach dem Norden gekommen sei, sei aber nicht nötig, die Aibernahme des Kultes könne auch an der unteren Weichsel erfolgt sein, wenn sich hier seine Spuren nachweisen ließen.

Für die Herkunft von Freyr und Freyja müsse man berücksichtigen, daß es Wanengötter seien, ferner, daß Frigg, die vergöttlichte Braut, die im Hochzeitskultus auftrete, nur den Nordgermanen und höchstens noch den Nordwestgermanen bekannt sei, was wieder auf die Lokalisierung ihres Kultus an der südlichen

Offseeküste, an der Mündung der Weichsel oder Oder, hinführe. Der Verfasser entscheidet sich für die Weichselmündung, denn einmal sei dieser Strom schon in den ältesten Zeiten eine wichtige Verkehrsader gewesen, ferner habe an seiner Mündung der Bernsteinhandel geblüht und endlich wiesen die Namen der Stadt Mewe, des Landes Wańska und der Stadt Dirschau sprachliche Beziehungen zu Skandinavien auf.

Betreffs Dirschaus verweist Rudnicki auf seine Ausführungen in „Stavia Occidentalis“ III/IV, S. 324—326, wo er die urkundlichen Namensformen *Trsew*, *Tersew* mit germ. *Truso* und altisl. *thurs* = „Riese“ in Verbindung bringt. Den Stamm des Namens von Mewe (g ь m -) findet er wieder in nord. *Gymir*, *Gumir*, dessen Verbindung mit got. *guma* „Mann“ er für hinfällig hält, da die Bezeichnungen skandinavischer Riesen gewöhnlich auf die Vertreter fremdsprachiger bzw. fremdstämmiger Elemente zurückgingen. Bei *Gymir* finden sich außerdem Beziehungen zum Meer (*Gymisflet* = *Gymis* Wohnung = Meer; *Guma* = „Meerweib“), und das weise auf die Länder jenseits des Meeres an der unteren Weichsel hin.

Endlich findet er auch den Namen der Ansen, Stamm *ans*-, in dem Namen des Dorfes *Węsiory* (Kr. Karthaus) wieder. Dieser Name scheine allerdings von **as* = „Bart“ ableitbar zu sein, aber der Name finde keine Parallele in der Bildung der Familiennamen *Waniorek*, *Wanielowicz* (für **Waniorowicz*), die zu *Van-* gehörten. Weiter komme noch in Betracht *Wąsorz* im Kreise Schubin (überliefert ist aber mit nur einer Ausnahme nicht *rz*, sondern *sz*, *sch!*), neben dem sich im benachbarten Kreise Inowrazlaw *Wanorz* finde. Alle drei Ortschaften seien alt, denn bei allen seien prähistorische Funde gemacht worden. Ein Ort **Waniory*, das Gegenstück zu *Węsiory*, sei allerdings nicht vorhanden, daß es aber einst bestanden habe, bewiesen die Namen *Waniorek* und *Wanielowicz*. Vorhanden sei aber das Land *Wańska*, was man entweder direkt als Wanenland deuten könne oder als „Land an der Wania“, worin man einen älteren Namen der Ferte sehen könne. Hier sei das Land sehr fruchtbar und unzweifelhaft schon von den ältesten Zeiten her bewohnt. Deshalb wäre es auch eine erwünschte Beute für Eroberer gewesen, und so könne man hier den Kampf der Wanen und der Ansen lokalisieren (!).

Um es den dort angesessenen Wanen zu entreißen, seien die Ansen an der Küste (der Danziger oder Ödingener Bucht, an der Piasznymündung oder an der Mündung der Leba) gelandet und nach Süden vorgedrungen bis *Węsiory*, wo sie ein Stanzlager aufschlugen. Im seenreichen Süden von *Węsiory* hätten sich ihnen die Streitkräfte der Wanen entgegengestellt, es sei zum Kampfe gekommen, der aber unentschieden geblieben sei und mit einem durch Stellung von Geiseln verbürgten Vertrage geendet habe. Daß unter den Geiseln der Wanen der *Njordhr*, welcher der *Nerthus* = „terra-mater“ des *Lacitus* entspreche, gewesen sei, sei so zu verstehen, daß die Wanen Land an die Ansen abgetreten hätten, die dafür den kriegerischen Schutz der Wanen übernommen hätten. Der Vertrag sei durch einen Gärtrank besiegelt worden, der Name desselben, *kwasi*, erinnere an das slavische *kwass* und sei wohl waniisch.

Die Ansicht, daß die Wanen Slaven gewesen seien, widerspreche der bisherigen Annahme, welche in ihnen Germanen gesehen habe. Diese habe sich einmal auf die Ethymologie des Stammes *Van-* und weiter darauf gestützt, daß bei ihnen *Nerthus* = *Njordhr* verehrt wurde. Letzteres beweist aber nach Rudnicki nichts, denn der Kultus der „terra-mater“ sei wahrscheinlich allen indogermanischen Völkern gemeinsam gewesen. Die bisher aufgestellten Ethymologien des Namens der Wanen hält Rudnicki nicht für wahrscheinlich, während für seine Ansicht, daß der Name aus dem heute lechischen Gebiete stamme, der Umstand spreche, daß auf lechischem Gebiet der Stamm *Van-* in Personen- und Ortsnamen auftrete. Und hier biete sich in dem *Wańska* (*Wańsk*) genannten Gebiete ein urkundlich erhaltener Name, der als Grundlage für die genaue Lokalisierung der Wanen dienen könne. Da hier in historischer Zeit Lechen saßen, müsse man fragen, ob nicht auch die Wanen schon Lechen gewesen sein könnten. Es müsse darum untersucht werden, ob die skandinavischen Wanengötter sich

von lechischen ableiten ließen oder nicht. Rudnicki weist zunächst darauf hin, daß aus den Worten des Erzbischofs Adelgot von Magdeburg: „Pripegata, ut aiunt, Priapus est et Belphegor impudicus“ noch im Anfange des 12. Jahrhunderts (1107—1108) auf eine dem Priapos ähnliche Gottheit der baltischen Lechen oder einen Kult des Priapos selbst geschlossen werden könne. Daß der Kultus des Priapos, woraus in Skandinavien der des Frigg und der Frigg geworden sei, durch die Skiren und Bastarnen hierher kam, sei unwahrscheinlich, denn diese hätten auf ihrem Raubzuge kaum Gelegenheit gehabt, religiöse Anleihen bei den Bewohnern der durchzogenen Gegenden zu machen, viel wahrscheinlicher sei, daß solche im Weichsellande gemacht worden seien, wo schon seit dem 8. Jahrhundert v. Chr. ein längeres Zusammenleben eines skandinavischen Elementes, der Vertreter der Steinkistenkultur, mit dem einheimischen, den Trägern der „Laufitzer“ Kultur, festzustellen sei. Auch sei es möglich, die Namen Frigg und *Frigg (latiniert Frizzo) aus dem Slavischen herzuleiten, wie der Verfasser in längeren ethymologischen Auseinandersetzungen nachzuweisen sucht.

Das erste Erscheinen einer wahrscheinlich skandinavischen Bevölkerung an der südlichen Küste der Ostsee westlich der Weichselmündung falle, wie das Auftreten der Steinkistengräberkultur zeige, in das 8. Jahrhundert v. Chr. Ihr Vorrücken nach Süden, das in beständigen Kämpfen mit der angesessenen lechischen Bevölkerung, welche durch die „Laufitzer“ Kultur repräsentiert werde, erfolgte, sei an dem Vorrücken der Steinkistengräberkultur zu verfolgen. Der letzte Ausläufer dieser Bewegung könne das Auftreten der Skiren und Bastarnen am Schwarzen Meere um 250 v. Chr. gewesen sein. 400—500 Jahre lang lasse sich die Anwesenheit der Vertreter der Steinkistengräberkultur in den Ländern an der Weichsel und der oberen Oder feststellen. Da sich hier gleichzeitig die „Laufitzer“ Kultur erhalten habe, müßten die Völker beider Kulturen Jahrhundertlang in irgend einer Form nebeneinander gelebt haben. An der Ferse, der *Wania*, vielleicht dem nordischen *Vanakvisl*, sei es zu einem Vertrage gekommen, durch den die Einheimischen und die Fremden sich in einen wenn auch nicht ethnisch-sprachlich, so doch politisch und religiös einheitlichen Organismus zusammenschlossen. Da die Kultur der einheimischen ackerbaureibenden Bevölkerung die höhere war, habe sie sich die fremde Bevölkerung auch ethnisch — sprachlich assimiliert. Im 4. bis 3. Jahrhundert v. Chr. habe die Steinkistengräberkultur südlich der Warthe sogar ihr Begräbnisritual aufgegeben. Zwischen Warthe und Ostsee habe sie es zwar erhalten, eine Tatsache, die aber nicht beweise, daß die Vertreter dieser Kultur auch ihre ethnisch-sprachliche Sonderstellung aufrecht erhalten hätten, im Gegenteil sprächen hier auftretende Mischformen der Gräber für eine vollständige kulturell-ethnische Angleichung. Ein zweites Erscheinen nordischer Elemente sei vielleicht in das 3. und 2. Jahrhundert v. Chr. zu setzen, wo sich im nördlichen Großpolen die Brandgrubengräber feststellen ließen. Doch seien diese vielleicht nur eine weitere Entwicklung der „Laufitzer“ Gräber mit schwacher fremder Beeinflussung. Die dritte skandinavische Invasion sei dann die der Goten um Christi Geburt gewesen, welche die Skelettgräber mit sich brachte. Sie habe noch das nördliche Großpolen erreicht, im Süden habe sich aber das Ritual der „Laufitzer“ Kultur erhalten.

Nach den nordischen Forschern sei der Kultus der Frigg spätestens im 1. Jahrhundert v. Chr., wahrscheinlich aber 300—150 v. Chr. nach Skandinavien gekommen. Dazu stimmten gut die aus dem Vorrücken der Steinkistengräberkultur zu gewinnenden Daten: Im 8. Jahrhundert v. Chr. erschienen ihre Vertreter am linken Weichselufer, etwa ein Jahrhundert brauchten sie, um festen Fuß zu fassen. Im 7. Jahrhundert sei es dann zu den Kämpfen bei Wenstorny und an der Ferse, die mit dem Bündnisvertrag endeten, gekommen. Im 6. Jahrhundert sei die Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung eingetreten. Vom 5. Jahrhundert an könne man schon mit einem fest begründeten Kultus der Wanengötter an der Weichsel und seiner Rückwirkung auf das alte Vaterland rechnen. Im 4. Jahrhundert habe dieser die religiösen Anschauungen in Skandinavien umgestaltet, und im 3. und 2. Jahrhundert hätten wir dann hier den ausgebildeten Kultus der

Wanengötter. Unterstützt werde diese Herleitung der Wanengötter noch dadurch, daß diese einen Charakter zeigten, der mit den charakteristischen Merkmalen der „Laufziger“ Kultur übereinstimme. Es seien lichte, friedliche, Leben und Fruchtbarkeit spendende Götter, auch ihre Beziehungen zu Wasser und See seien daraus zu erklären, daß der Regen und die Nähe von Wasser für den Landmann eine Notwendigkeit sei und daß die Bevölkerung an Weichsel und Danziger Bucht ihren Unterhalt größtenteils durch Fischfang erworben habe, wozu noch komme, daß sie aus Skandinavien über die See gekommen seien, und daß der skandinavische Reichtum zum großen Teile seine Quelle im Seehandel gehabt habe.

Für die Beziehungen, bzw. Kämpfe zwischen Wanen und Ansen sei noch hinzuweisen auf vier Namenpaare: *Węsiory* (Kr. Karthaus) und *Wansk* (bei Neme), *Wąsorz* (bei Schubin) und *Wanorze* (Kr. Inowrazlaw), *Wencowo*, jetzt *Wenecja*, eine Vorstadt von Posen, *Wenacz*, *Wanacz*, eine Vorstadt von Wreschen, wo aber das Gegenstück mit **Wąs*-fehle, und *Wąźciorz*- das *Wąsorz* zu lesen sei (die Schreibungen *Wanioso* 1300, *Wanischosch* 1313, *Wąsosz* 1531 hält *Rudnicki* für analogische Umbildungen oder schlechte Schreibungen), „Herrenstadt in Schlesien“ und die jetzt untergegangene Ortschaft *Wenecze*. Die Lage dieser Ortschaften stimme im allgemeinen mit der Richtung des Zuges der Vertreter der Steinkistengräberkultur überein.

Rudnicki kommt dann noch einmal auf die Herkunft der Namen *Węsiory*, *Wąsorz* zu sprechen, für die noch andere Herleitungen als die von einem Volksnamen Ansen möglich seien, die aber alle auf einen Gegensatz der Vertreter der Steinkistenkultur zu denen der „Laufziger“ Kultur hinwiesen. Zunächst sei es möglich, daß der Stamm *ans*- im 8. Jahrhundert nur die Bedeutung „Mensch“ gehabt habe. Diesen hätten dann die Wanen entlehnt und daraus mit eigenem Suffix (**Wąs*-er-o- = „kräftiger Mensch, Krieger“ gebildet. Weiter könne man an den Stamm *ams*- „Schulter, Rücken“ denken (schwed. *ås*, isl. *ás*, norw. *aás*). Mit dem nordischen Worte wären dann die Berge der kaschubischen Schweiz im Gegensatz zu den wanischen Wohnsitzen im Weichselfal bezeichnet worden, und das wanische (**Wąs*-er-o- habe dann die Bedeutung „Bergbewohner“. Endlich sei auch die Ableitung von **as* = „Bart“ möglich: die Fremden seien als „Bärtige“ bezeichnet worden im Gegensatz zu den Vertretern der „Laufziger“ Kultur, bei denen die Funde von Rasiermessern die Sitte des Rasierens bewiesen.

Die Frage nach der Nationalität der Wanen ist für *Rudnicki* dahin entschieden, daß sie nur Lehen gewesen sein können. Wenn die bisherigen Ausführungen auch nur zu geringem Teil zutreffend seien, so stehe doch fest, daß die Namen der Ortschaften und Völker alle Zeichen des Slaventums an sich trügen. Daß sie später als in das 8. Jahrhundert v. Chr. zu setzen seien, sei unwahrscheinlich, ebenso seien die germanischen Entlehnungen slavischer Namen sehr alt, da sie vor der Lautverschiebung geschehen seien. Daß diese sich in *kwasi* nicht zeige, beruhe vielleicht auf einer nochmaligen Entlehnung des Ausdrucks oder sei durch eine besondere lautliche Entwicklung innerhalb des Germanischen zu erklären. (*Rudnicki* macht hier Andeutungen von dem Vorhandensein gewisser Lautvorgänge, auf die er aber nicht weiter eingeht, da die Sache noch nicht spruchreif sei.) Daß die bronzezeitliche Kultur in Norddeutschland östlich der Oder eher auf südliche Beziehungen als auf germanischen Ursprung hindeute, werde auch von Much anerkannt. Das Volk, das sie schuf, könnten nur die Slaven gewesen sein, denn ein anderes sei hier bisher nicht nachgewiesen. Zu ihren Gunsten spreche auch der Umstand, daß sich die Namen *Wansk*, *Węsiory*, *Wąsorz*, *Wanorze* erhalten hätten, woraus zu schließen sei, daß sie wenigstens seit dem 8. Jahrhundert v. Chr. sprachlich nicht entnationalisiert worden seien. Daß der Name „Wanen“ verschwunden sei, erkläre sich daraus, daß die höheren Schichten des Volkes von den Germanen assimiliert worden seien und mit ihnen das Land verlassen hätten; zurückgeblieben sei nur die untere Schicht, d. h. die auf dem Felde arbeitenden Bauern. Vielleicht stehe damit die Änderung des Volksnamens in *Polanen* = *Polen* in Verbindung. Auf den alten Volksnamen **Wen-et*- gingen vielleicht der Adelsname

Weneta und der Ortsname Wenecja zurück, die als unverständlich für die mittelalterlichen Schreiber mit Venedig in Zusammenhang gebracht wurden. Eine Folge des Verschwindens der Oberschicht sei jedenfalls der Verfall der „Lausitzer“ Kultur. Als dann die Goten abzogen, sei das Land in vollständige Barbarei verfallen, und das sei kein vereinzelter Fall: „Die Germanen sind in der Geschichte bekannt als unbarmherzige Räuber und Vernichter fremder Kulturrerungenschaften (vgl. die Vernichtung Pannoniens, Italiens, Galliens, Spaniens, Afrikas, Britanniens und des baltischen Lechiens durch die Goten, Kimbern, Franken, Wandalen, Normannen, Sachsen und Deutschen). Auf diese Weise wäre der Sturz der „Lausitzer“ Kultur eine Illustration mehr und die Einleitung zu der Rolle, welche im frühen Mittelalter die Germanen in Beziehung zur zivilisierten Welt spielten, indem sie den Sturz der keltischen und römischen Kultur usw. veranlaßten.“

[„Gniew, ziemia Wańska i nordyjski t. zw. vanamyten Wanenmythus“; in: „Slavia Occidentalis“, Bd. V (1926), S. 448—524.] **(2)**

Ruecker, E. Deutschland, Preußen und Polen.

Unter diesem Titel, der eigentlich nur auf den letzten Teil zutrifft, hat der Verfasser drei Aufsätze, die während des Sommers 1928 in der von dem Krakauer Universitätsprofessor St. Wędkiewicz herausgegebenen Zeitschrift „Przegląd Współczesny“ („Zeitgenössische Rundschau“) erschienen waren, gesammelt im Sonderdruck herausgegeben. Die Aufsätze tragen die Titel: „Das Deutsche Reich und Preußen“; „Der Militarismus des Deutschen Reiches“; „Deutschland, Preußen und Polen“.

Der Verfasser, der seit längerer Zeit in Danzig lebt, wo er die in deutscher Sprache erscheinende polnische Zeitung „Baltische Presse“ herausgibt, will seinen Landsleuten ein Bild von dem heutigen Deutschland und der Stellung Preußens in diesem neuen Deutschland geben. Und zwar behauptet er im Vorwort, dieses Bild „sine ira et studio“ gezeichnet zu haben. Wir werden im Laufe unserer Betrachtung sehen, wie weit, oder vielmehr wie wenig, diese Behauptung zutrifft. Vor allem hofft der Autor mit seinen Ausführungen die Sorge zu verschweigen, mit der man in Polen die zukünftige Gestaltung der deutsch-polnischen Verhältnisse betrachte. Und er hat auch schon im Vorwort einen recht praktischen Schutz gegen diese Sorge, diesen Pessimismus zur Hand, indem er erklärt: „Einzelne polnisch-deutsche Fragen, die durch Deutschland-Preußen als ‚offene‘ angesehen werden, sind so lange für die praktische Politik nicht vorhanden, als das polnische Volk mit absoluter innerer Überzeugung ihre gegenwärtige rechtmäßige Lösung betont.“

Uns will scheinen, daß, wenn auch eine gewisse autosuggestive einschläfernde Wirkung bei der polnischen Öffentlichkeit sicherlich nach diesem Rezept zu erreichen ist, die polnisch-deutschen Fragen vor dem Forum der europäischen Öffentlichkeit dadurch nicht als gelöst erscheinen werden und daß es um so mehr Aufgabe der deutschen Wissenschaft und Publizistik ist, dafür Sorge zu tragen, daß diese Fragen solange nicht aus der europäischen Diskussion verschwinden, bis sie vom deutschen Standpunkte aus als gelöst angesehen werden können. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle drei Abhandlungen eine ausgesprochene Feindschaft gegen Preußen. Preußens Vorherrschaft in Deutschland muß vernichtet werden, damit Polen Ruhe hat und damit sich die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland so gestalten, wie der Verfasser sie für wünschenswert hält. Die Wurzel alles Übels für die Gestaltung der Verhältnisse in der Nachkriegszeit sieht der Verfasser in dem Umstande, daß die Feinde Deutschlands es nicht verstanden haben, ihren Sieg und den Frieden von Versailles auf soliden Unterlagen aufzubauen. Und diese solide Unterlage hätte die Ver-

nichtung der Hegemonie Preußens in Deutschland sein müssen. Die Alliierten haben nach Meinung unseres Verfassers den schweren Fehler begangen, daß sie nicht nach Berlin marschiert sind und auf die Kaiserkrönung in Versailles im Jahre 1871 mit einem ähnlichen Akte in Potsdam geantwortet haben! (S. 8.) Die Alliierten hätten das Werk Bismarcks zer schlagen müssen, das unter Preußens Führung im Jahre 1871 geschaffene Deutsche Reich.

Diese scheinbare Einigung ist nach unserm Verfasser „nur das Resultat, oder vielmehr der Paroxysmus eines Knechtungsprozesses. Die Expansion Preußens im Deutschen Reiche hat nichts gemeinsam mit der freiheitlichen Bewegung des deutschen Volkes in der napoleonischen Epoche, aus der Zeit der Revolution von 1848, hat nichts gemeinsam mit den freiheitlichen Gefühlen des deutschen Volkes überhaupt, mit den Gefühlen, die im vergangenen Jahrhundert sich bekanntlich nicht nur den breiten Massen des eigenen Volkes zuwendeten, sondern auch dem unterjochten polnischen Volke“ (S. 12).

Die Verkörperung dieses zunächst auf das deutsche Gebiet gerichteten preußischen Eroberungs- und Unterdrückungsdranges sieht der Verfasser in Friedrich dem Großen und Bismarck. Für Bismarck verweist er auf das Buch von Emil Ludwig, in dem er das Urteil „der objektiven Geschichte“ zu sehen glaubt.

Diese durch Bismarck unter preußischer Hegemonie herbeigeführte gewaltsame und übereilte Einigung Deutschlands hat zwei Folgen gehabt: die Ausschließung Österreichs und „die Einverleibung eines wichtigen Fremdkörpers in diese neue Schöpfung: der durch Preußen unterjochten Polen“.

Für die Sache der Polen hat aber dieser Umstand nach Meinung unseres Verfassers die wohlthätigsten Folgen gehabt: „Vor allem war die Schaffung des Deutschen Reiches mit Preußen an der Spitze die notwendige Vorbedingung für die Befreiung Polens und zwar deshalb, weil das Königreich Preußen, da es allein nicht über solche gewaltige Kriegsmacht verfügte, über die es als Haupt des Reiches gebot, nie einen Krieg mit dem Zartum Rußland gewagt hätte, einen Krieg, der allein zur Wiederaufrichtung des polnischen Staates führen konnte“ (S. 21).

Nach dieser politischen Belastung der deutschen Politik durch Preußen behandelt der Verfasser die psychologische Belastung (S. 22 ff.) und sieht diese in zwei Tatsachen:

1. in dem preußischen Zentralismus, der dem deutschen Geiste fremd ist,

2. in dem Militarismus, „der außerhalb Deutschlands die Identifizierung des deutschen Volkes mit dem preußischen Hegemonen zur Folge hatte und einen Konflikt des deutschen Volkes mit fast ganz Europa hervorrief. Dieser Militarismus ist in der Katastrophe von 1918 keineswegs untergegangen; er besteht weiter, wird unaufhörlich stärker indem er nicht nur das deutsche Volk, sondern auch unsern ganzen Kontinent mit einem neuen Kriege bedroht.“

Zu dieser gewagten Behauptung glaubt sich der Verfasser berechtigt, wenn er „die beiden Konfliktstoffe: den Zentralismus und Militarismus der Deutschen“ einer Untersuchung unterzieht.

Im folgenden behandelt er dann die Versuche, die unternommen worden sind, Preußen die Hegemonie zu nehmen und den Schwerpunkt des Reiches nach Mittel- oder Süddeutschland zu verlegen, und kommt zu dem Resultat, daß die Hegemonie Preußens im Deutschen Reiche bald der Vergangenheit angehören und damit ein historischer Prozeß sein Ende erreichen wird. Er schließt diesen ersten Abschnitt mit folgenden Ausführungen:

„Der preußische Stamm, Preußen im ethnographischen Sinne, hat seine episodische Rolle als Beherrscher des deutschen Volkes ausgespielt. Entweder erhebt sich Preußen zur kulturellen Höhe des Westens und identifiziert sich in der weiteren Zukunft mit der germanischen Gesamtheit¹⁾, oder es beharrt auf seiner bisherigen Linie, indem es weiterhin seine charakteristischen hegemonistischen und militaristischen Be-

1) Was der Verfasser damit sagen will, ist nicht ersichtlich. Die germanische Gesamtheit würde doch den ganzen Norden Europas umfassen. (Red.)

strebungen entwickelt, aber damit führt es zu einer neuen Katastrophe, die diesmal für Preußen aber eine endgültige sein wird“ (S. 48).

Dem zweiten der oben erwähnten „Konfliktstoffe“, dem „Militarismus des Deutschen Reiches“, widmet der Verfasser ein besonderes umfangreiches Kapitel (S. 49—91), das wir aber hier kurz abtun können, da es hauptsächlich in einer Aufzählung und Charakteristik der einzelnen Verbände besteht, in denen der Verfasser überall Verkörperungen des militaristischen Geistes entdecken zu können glaubt. Es handelt sich u. a. um den Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Roter Frontkämpferbund. Hier dienen als Hauptquelle die Veröffentlichungen des Professors Wilhelm Foerster und seines Kreises, der sich der ganz besonderen Wertschätzung unseres Verfassers erfreut.

Charakteristisch ist, daß der Verfasser die Forderung Deutschlands nach allgemeiner Abrüstung als durchaus ungehörig empfindet, denn sie sei in erster Linie gegen die französische und polnische Armee gerichtet: „Es wäre dies ein Schlag gegen die Heere, die ein Ziel in sich verkörpern und nicht, wie die Reichswehr, das Rückgrat eines täglich besser ausgebauten militaristischen Systems bilden; es hieße dies, Europa die Faktoren wegnehmen, deren Existenz sich ausschließlich auf die Idee der Verteidigung eines gewissen Zustandes, das heißt auf eine defensive Idee gründet“ (S. 80).

Die Ausführungen des Verfassers stellen wirklich den Gipfelpunkt seiner Verdrehungskunst dar: das angeblich in Waffen starrende militaristische Deutschland als der reißende Wolf, der nur danach trachtet, sich auf die friedfertigen Lämmer Frankreich und Polen zu stürzen!

Ebenso gehört eine große Unverfrorenheit dazu, wenn Ruecker den Militarismus in Polen leugnet, wo doch hier selbst die weibliche Jugend militärisch ausgebildet wird (sogar Schießübungen mit dem Infanteriegewehr werden abgehalten) und bei allen militärischen Paraden neben den Truppen in ihren Verbänden aufmarschiert.

In ein akutes Stadium gelangt diese ganze angeblich militaristische Bewegung in Deutschland nach der Behauptung des Verfassers dann, wenn ein Zustand eingetreten sein wird, für den er den Begriff der „militaristischen Saturierung“ geprägt hat. „Wir verstehen unter diesem Begriff die, aber nur bis zu gewissen Grenzen, langsam anwachsende militaristische Energie in der dem militaristischen Systeme unterworfenen Gesellschaft. In dem Augenblicke, wo die Möglichkeiten einer ruhigen Aufspeicherung dieser Energie erschöpft sein werden, also in dem Augenblick, wo die Sättigung eintritt, sucht sich die über dieses Maß hinaus kumulierende Energie auf logische Weise einen Ausweg. Sie wählt dann die Form des Krieges, d. h. die Übergangsform zu praktischer Betätigung, für die übrigens alle vorausgegangenen Übungen nur eine Vorbereitung bilden“ (S. 79) „Wie diesmal bei dem neuen preußischen System sich der Augenblick der künftigen militaristischen Saturierung Deutschlands äußern wird, das kann man jetzt noch nicht voraussehen. Wir hoffen, daß in einem solchen verhängnisvollen Falle die Welt sich rechtzeitig über die Ausreife der Evolution des Deutschen Reiches in der Richtung auf das Stadium eines neuen, aber wahrscheinlich nunmehr letzten militaristischen Paroxysmus bewußt werden wird“ (S. 79).

In dem dritten Teile seiner Schrift, der den gleichen Titel trägt wie diese selbst, kommt der Verfasser zu seinem eigentlichen Thema und stellt hier als erste Aufgabe für die publizistische und wissenschaftliche Propaganda von polnischer Seite hin, sowohl in Polen selbst als auch dem Auslande gegenüber darauf hinzuweisen, daß es überhaupt kein polnisch-deutsches, sondern nur ein polnisch - p r e u ß i s c h e s Problem gebe: „denn das allerhöchste Interesse der polnischen Außenpolitik erfordert, daß vor dem internationalen Forum eine Frage, der sogenannte ‚chronische polnisch-deutsche Konflikt‘, auf ihre eigentlichen Ausmaße reduziert werde, eine Frage, welche heute als eine der ernstesten Belastungen der Weltpolitik angesehen wird. Wir sind übrigens der Meinung, daß diese, wie überhaupt eine ganze Reihe

anderer Formulierungen, die zu der gleichen Sphäre gehören, wie z. B. das Wort ‚Korridor‘, aus der polnischen und internationalen politischen Terminologie verschwinden müßten; an ihre Stelle muß die mehr zutreffende Bezeichnung: ‚polnisch-preußischer Streit‘ treten.“

Im Anschluß daran verlangt der Verfasser, daß der reichen deutschen Literatur auf diesem Gebiete eine historische Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen von polnischer Seite gegenübergestellt werde. Er behauptet von dieser deutschen Literatur noch, daß sie „durch die maßgebenden deutschen Faktoren mit der bekanntesten Systematik ausgebaut worden ist, mit der man überhaupt in Deutschland die antipolnische Propaganda organisiert.“

Als Beleg für diese Behauptung zitiert Ruecker in einer Fußnote die Arbeiten von Archivdirektor Dr. Kaufmann und das von dem Herausgeber dieser „Ostland-Berichte“ verfaßte Buch: „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“ und bemerkt dazu durchaus eindeutig: „Sowohl Dr. Recke wie auch Dr. Kaufmann sind Räte am Staatsarchiv in Danzig, mithin Staatsbeamte der Freien Stadt . . . Die umfangreichen antipolnischen Pamphlete dieser beiden Agitatoren, die auf Kosten der Freien Stadt leben, also auch auf Rechnung der polnischen Zollerträge¹⁾, haben auch im Auslande die Aufmerksamkeit auf die in ihnen enthaltenen unehrlichen Tendenzen gelenkt“ (S. 93/94).

Noch der Verfasser hat noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß bei dem deutschen Volke eine Sinnesänderung eintreten wird: „Wir müssen jedoch gestehen, daß das Problem dieser Beziehungen durch einzelne, seltene Deutsche, welche durch die Methoden der preußischen Politik angeekelt worden sind, eine Beleuchtung erfahren hat, die mehr durch eine Tendenz der Verständigung inspiriert war und nicht durch Eroberungsgelüste.“

Und hier zitiert der Verfasser zwei Bücher:

Hermann K o e t s c h k e, „Die deutsche Polenfreundschaft“, Berlin 1921 (Verlag „Neues Vaterland“) und

Johannes G u t t z e i t „Die deutsche Polenentrechtung“.

Von welcher Seite aus die erste Veröffentlichung veranlaßt worden ist, ist nicht klar zu erkennen. Bei der zweiten Schrift läßt sich aber einwandfrei nachweisen, daß sie von polnischer Seite veranlaßt worden ist. Die Abhandlung von Gutzzeit erschien zuerst in Fortsetzungen während des Jahres 1927 in der Zeitung „Baltische Presse“, einer in deutscher Sprache in Danzig erscheinenden polnischen Zeitung, die vom polnischen Außenministerium subventioniert wird und dazu bestimmt ist, unter dem Deckmantel ihres deutschen Gewandes polnische Ideen in Danzig zu verbreiten.

Es besteht sogar der begründete Verdacht, daß dieser Johannes Gutzzeit, der nach Angabe der „Baltischen Presse“ Sohn eines Offiziers und selbst preußischer Offizier gewesen sein soll, und der von unserm Verfasser als ein „geradezu heldenhafter Münchener Publizist“ gefeiert wird, gar nicht vorhanden ist, sondern nur der Deckname für einen polnischen Autor ist. Denn auch die „Danziger Zeitungsverlagsgesellschaft“, die seine Abhandlung im Jahre 1928 als besonderes Buch herausgegeben hat, ist kein deutscher Verlag, sondern die gleiche polnische Firma, welche die „Baltische Presse“ herausgibt. Einen besonderen Reiz erhalten diese Beziehungen noch dadurch, daß unser Verfasser seit längerer Zeit in Danzig als Chef-Redakteur dieser „Baltischen Presse“ tätig ist.

Das sind also die „ehrlichen“ deutschen Autoren, welche den unehrenhaften Agitatoren Kaufmann und Recke und ihren „Pamphleten“ von Ruecker entgegengestellt werden!

Koetschke und Gutzzeit repräsentieren nach unserm Verfasser in der Gegenwart eine Richtung, die in der Vergangenheit, vor hundert Jahren, als die deutsche Polenfreundschaft bekannt gewesen ist und erst dann ihr Ende fand, „als mit der gewaltsamen Umänderung der inneren Struktur Deutschlands durch Bis-

1) Von uns gesperrt. (Red.)

marck eine neue, von oben her diktierte Ideologie des deutschen ‚Untertanen‘ begann“. Damals habe auch „der unnatürliche ‚historische‘ polnisch-deutsche Konflikt“ begonnen, der nur dadurch seine Unterlagen erhalten habe, „daß die auswärtige Politik des verhältnismäßig jungen Deutschen Reichs identifiziert worden ist und noch wird mit der lokalen Politik der preußischen Gewalthaber“.

Im Anschluß hieran gibt der Verfasser auf den beiden nächsten Seiten (S. 95/96) einen kurzen Überblick über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen und meint dann: „Zu den allerschädlichsten und allertraurigsten Auswirkungen der preußischen Hegemonie im Reich gehört zweifellos die Tendenz Bismarcks, in ganz Deutschland Haß gegen die Polen zu verbreiten; er scheute sich sogar nicht, aus Beweggründen seiner antipolnischen Politik heraus die allerschwerste innere Krisis während der Zeit seiner Amtsführung zu provozieren, nämlich den Kulturkampf.“

Und diese von Bismarck verbreitete Animosität der Deutschen gegen Polen hat nach Meinung Rueckers ihren Siegeszug durch ganz Deutschland angetreten: „Heute muß man mit aller Bestimmtheit feststellen, daß in dem Chaos von deutschen Politikern und Politikastern eine verschwindend kleine Gruppe radikaler deutscher Pazifisten, die sich besonders um die Person des Professors Förster gruppieren, fast den einzigen deutschen Sammelpunkt bildet, der die gegenwärtigen Grenzen des polnischen Staates anerkennt, und nicht mehr oder minder umfangreiche territoriale Revisionen als *conditio sine qua non* jeder dauernden Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen ansieht. Dagegen herrschen im Deutschen Reichstage von der äußersten Rechten bis zu der äußersten Linken Stimmungen, die gegen den gegenwärtigen Besitzstand Polens gerichtet sind und sich nur hinsichtlich der Mittel unterscheiden, die angewendet werden sollen, um territoriale Änderungen zu erreichen: bewaffnetes Vorgehen oder friedliche Evolution.“

Charakteristisch ist, daß sogar die deutschen Pazifisten eine Präzisierung ihres Standpunktes vermeiden, indem sie sich dauernd um die Schaffung irgendeines Alibi bemühen, mag es nun sein aus Rücksicht auf ihre Landsleute, oder aus Rücksicht auf ihre pazifistischen Bindungen im Auslande. Der größte Teil von ihnen unterscheidet sich in keiner Weise von dem deutschen antipolnischen Gros.“

Hier verweist Ruecker auf den sozialistischen Abgeordneten Breitfeld, der auf der Septembertagung des Völkerbundes in Genf im Jahre 1926 gegenüber den Journalisten sich als glühendsten Pazifisten gegeben habe, „was ihn aber nicht hinderte, gleich darauf einem polnischen Journalisten gegenüber zu erklären, daß er als grundlegende Bedingung eines polnisch-deutschen *modus vivendi* die Aufhebung des ‚pommerellischen Korridors‘ ansehe“ (S. 98).

Ähnliche „militaristische“ Äußerungen seien im Jahre 1927 aus dem Munde des Sozialisten Sollmann zu hören gewesen.

Und so kommt denn unser Verfasser zu seinem vernichtenden Urteil über die deutsche Sozialdemokratie: „Die deutsche Sozialdemokratie, der deutsche Liberalismus sind nichts anderes, als die Verkörperung gewisser lokaler Interessen . . . Nicht ohne Grund kann man in der deutschen Sozialdemokratie der Gegenwart eine der allersolidesten Grundlagen für den deutschen Imperialismus sehen“ (S. 99).

Auch das Verhalten der Sozialdemokratie in Danzig findet nicht den Beifall unsers Autors; so klagt er: „Die Antipathie gegen Polen ist eine zu populäre Angelegenheit, das Wort ‚Polen‘ gibt obendrein weite Möglichkeiten für die Agitation der auf der Rechten stehenden Demagogen, als daß die deutsche Sozialdemokratie geneigt wäre, ihr politisches Kapital gerade auf diesem Gebiete aufs Spiel zu setzen.“

Im Gegenteil, wir konnten im Deutschen Reiche und während der zweimaligen Herrschaft der Sozialdemokratie in Danzig feststellen, daß diese Partei, weit entfernt von einem Pioniertum auf dem Felde der Ordnung der deutsch-polnischen Beziehungen, manchmal geneigt ist, den nationalistischen Bedürfnissen der deutschen Massen nachzugeben“ (S. 99).

Zwar billigt der Verfasser den linksstehenden Parteien guten Glauben zu, wenn sie betonen, daß sie die Revision der Bestimmungen von Versailles auf friedlichem Wege erreichen wollen: „Einige Bemerkungen, die durch die deutsche Linkspresse während der polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen gemacht worden sind, gestatten uns anzunehmen, daß einige deutsche Linkskreise wirklich an eine Art friedlicher Durchdringung, oder besser gesagt, Wieder-Durchdringung auf dem Gebiete der von Deutschland beanspruchten polnischen Länder denken, einer Wieder-Durchdringung, deren grundlegende Bedingung gerade geordnete polnisch-deutsche Beziehungen wären, die, was die Polen anbelangt, zur vollkommenen Abgabe unserer Westgebiete im Namen der ‚Menschlichkeit‘ und ‚Verbrüderung der Nationen‘ führen würde, damit sie eine Beute des deutschen Ostmarkenvereins würden. Auf diese Weise hätten wir in diesen Ländern eine zweite, sagen wir, Salon-Ausgabe der Ansiedlungsära. Hier gerade liegt der für Polen schwache Punkt aller Annäherungstendenzen auf Seiten der deutschen Linksparteien. Dies heißt nicht, daß diese Tendenzen von vorneherein abgelehnt werden müssen; sie können aber nicht zu für uns vorteilhaften Resultaten führen, wenn sie nicht Westpolen und besonders Pommerellen vor allen, selbst ohne bösen Hintergedanken, von deutscher Seite gemachten Versuchen schützen“ (S. 100).

Nach dieser Abrechnung mit den Sozialdemokraten geht Ruecker sogleich zu der Deutschen Volkspartei über, deren Wahlauftritt vom 29. IV. 1928 sich gegen die „unsinnige“ polnisch-deutsche Grenze ausgesprochen habe und wendet sich besonders gegen den dieser Partei angehörenden deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der nach Bedarf Friedensreden halte und sich dann selbst widerspreche oder durch seine nächsten Mitarbeiter desavouiert werde. Besonders ungehalten ist Ruecker darüber, daß Stresemann in Genf „die einzigen Deutschen, die berechtigten Anspruch auf die Bezeichnung ‚Pazifisten‘ erheben könnten,“ „Lumpen“ genannt habe.

Auch die Mittelparteien, Demokraten und Zentrum, wollen in ihrem Standpunkt gegenüber dem deutsch-polnischen Problem unserm Verfasser gar nicht gefallen. So sei zur gleichen Zeit, als der geistige Führer der Demokraten, Professor Hellpach, in Warschau gewesen sei, sein wichtiges Buch „Politische Prognose für Deutschland“ erschienen, „in welchem jenes ‚non possumus‘ der deutschen Demokraten in bezug auf das polnische Pommerellen und Danzig mit einer Entschiedenheit formuliert ist, die in nichts hinter ähnlichen Enunziationen nationalistischer Kreise zurücksteht“ (S. 104).

Von dem deutschen Zentrum bemerkt Ruecker: „es kommt in dem gegenwärtigen Zeitraum und wahrscheinlich auch in den folgenden Jahren für die praktische Politik wenig in Betracht. . . . Für Polen besteht die Wichtigkeit des Zentrums vor allem in der Tatsache, daß es eine Partei ist, die vorwiegend westdeutsche Einflüsse repräsentiert, und so bietet sie, unter Zuhilfenahme persönlicher Beziehungen, gewisse Möglichkeiten einer Aufklärungsarbeit über das wirkliche Polen¹⁾. Man darf aber nicht vergessen, daß schon dieser mehr regionale Charakter des deutschen Zentrums diese Partei aus dem Wirkungskreis der ostdeutschen Einflüsse, die auch weiterhin entscheidend sind für die Evolution der grundlegenden inneren Ziele Deutschlands ausschließt.“

Ganz hoffnungslos erscheint natürlich unserm Autor die Stellung der deutschen Rechtsparteien, deren Kritik er die Seiten 105—111 seiner Schrift widmet.

In den Schlußbetrachtungen kommt Ruecker noch einmal auf seinen am Anfang dieses Kapitels geäußerten Gedanken zurück, daß die polnisch-preußischen von den polnisch-deutschen Beziehungen getrennt werden müßten und bemerkt dazu: „es ging uns darum, die am meisten suggestive Formel zu finden, welche die polnische Politik der preußischen Politik des Deutschen

1) Möglicherweise hängt hiermit die Informationsreise zusammen, die auf polnische Einladung hin im Sommer 1928 mehrere Schriftleiter maßgebender Zentrumsblätter durch Polen unternommen haben. (Red.)

Reiches in bezug auf Polen gegenüberstellen könnte: aus der polnischen Politik gegenüber Deutschland diesen speziellen Punkt, welchen die polnische Politik gegenüber Preußen bilden muß, herauszulösen“.

Von diesem Vorgehen sei zwar nicht eine übermäßige Stärkung der zentrifugalen Tendenzen in Deutschland gegenüber Preußen zu erwarten: „Wir müssen uns aber darum bemühen, daß die Wahrheit allgemein eingesehen wird, nämlich daß in dem Maße, in welchem die Diktatur Preußens in Deutschland eine Abschwächung erführe, auf die allerlogischste Weise der polnisch-deutsche Streit seinen augenblicklich auch für ganz Deutschland drohenden Charakter verlieren würde.“

Man muß unserer Meinung nach, alle Anstrengungen darauf verwenden, den nicht-preußischen Ländern, die zum Bestande des Deutschen Reichs gehören, die Tatsache vor Augen zu führen, daß die Suprematie Preußens wegen seiner Interessen und besonderen Tendenzen, die von denen der andern Länder verschieden sind, das ganze deutsche Volk ohne die geringste Berechtigung für die halsbrecherische Ostpolitik engagiert¹⁾; daß die umstürzlerische Politik einer Kaste²⁾, die sich in dem am wenigsten zivilisierten Lande des Deutschen Reichs²⁾ breitmacht, andern arbeitsameren, wirtschaftlich schon hoch entwickelten Ländern des Deutschen Reiches die Möglichkeit normaler, blühender wirtschaftlicher Beziehungen zu einem wichtigen Produzenten und noch wichtigeren Abnehmer nimmt“.

Nach diesen Ausführungen, die so recht deutlich den geradezu fanatischen Haß des Verfassers gegenüber Preußen zeigen, geht er auf das ostpreußische Problem über, weil nach seiner Meinung gerade dieses das beste Material für die von ihm vorhin geforderte Argumentation bieten könne. Und hier stellt er nun folgende zwei Thesen auf:

„1. Der gegenwärtige Zustand Ostpreußens ist ungünstig und verschlechtert sich dauernd infolge der unnatürlichen Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich überhaupt.“

2. Ostpreußen wird nicht durch Polen bedroht, es wird aber immer mehr klar, daß diese Provinz zum polnischen Wirtschaftsgebiet gehört.“ (S. 115.)

Und nun kommt die schon durch Stokowski und Prutenus bekannte Argumentation, daß die ungünstige Lage Ostpreußens nicht durch den Korridor hervorgerufen worden sei. Wenn das von deutscher Seite behauptet werde, so sei das eine bewußte Fälschung!

Ruecker stellt dem die Behauptung entgegen: „Auf dem Geschick Ostpreußens lastet die Künstlichkeit seiner geographischen Verbindung mit dem Deutschen Reich²⁾ und ferner die allgemein-preußischen sozialen und kulturellen Beziehungen“ (S. 115).

Zum Beweise hierfür verweist der Verfasser auf die hohen Transportkosten für Getreide in das rheinisch-westfälische Ruhrgebiet, für das Ostpreußen als Getreidelieferant überhaupt nicht in Betracht gekommen ist und kommt! Ebenso unrichtig ist die andere Behauptung, daß die wirkliche Existenz Ostpreußens auf dem Transitverkehr zur Ostsee, also auf dem Süd-Nord-Verkehr begründet sei.

Und daß unser Verfasser auf seiner Suche nach Beweismitteln auch von seiner Logik im Stich gelassen wird, zeigt folgende Behauptung: „In noch geringerem Maße kann Ostpreußen bei dem Austausch von Industrieprodukten mit dem übrigen Deutschland in Betracht kommen. Die deutschen Statistiken sind ein schlagender Beweis dafür, auf wie niedrigem Niveau in bezug auf Industrie Ostpreußen steht.“

„Die deutschen Statistiken“ unseres Autors schmelzen in der Fußnote zu einem Zeitungsaufsatz zusammen, in welchem angegeben wird, daß Ostpreußen auf der Leipziger Messe mit nur sieben Exponaten vertreten war. Nun hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Industrie in Ostpreußen wenig entwickelt ist. Dies

1) Von uns gesperrt. (Red.).

würde auch an sich kein Nachteil für das Land sein, wenn es eben die ungehinderte Möglichkeit hätte, seine besonderen Erzeugnisse aus dem Gebiete der Landwirtschaft in den tarifmäßig günstig gelegenen Gebieten abzusetzen.

Und da hat gerade ein enger Austausch- und Ergänzungsverkehr zwischen Ostpreußen und dem heutigen Korridor bestanden, von dem Ostpreußen ja jetzt hermetisch abgeschlossen ist. Als Ostpreußens Landwirtschaft noch die nötigen Absatzgebiete hatte, also zu der Zeit, da noch das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet zwischen Oder und Memel eine Einheit bildete, kam es auch als guter Abnehmer für die Industrieprodukte aus dem übrigen Deutschland in Betracht. Aber gerade zwischen diesen komplizierten, in Etappen sich vollziehenden Wirtschafts-Verkehr zwischen Ostpreußen und Mittel-Deutschland hat sich die Barriere des Korridors dazwischen geschoben, und auf diese gewaltsame Zerreißung eines feingegliederten Wirtschaftsorganismus ist in der Hauptsache die heutige Notlage der Provinz Ostpreußen zurückzuführen.

Aber das sieht unser Autor nicht, oder will es nicht sehen, denn es paßt nicht in seine Argumentation, die darauf hinzielt, die heutige Notlage, die der Verfasser in übertrieben schwarzen Farben malt, daraus herzuleiten, daß Ostpreußen von Polen, „seinem natürlichen Hinterlande“, abgeschnitten sei und noch einen Teil des Deutschen Reichs bildet, an das es nach seinen Worten „k ü n s t l i c h a n g e h ä n g t“¹⁾ ist.

Als Heilmittel gegen die unerträglich gewordene Lage Ostpreußens empfiehlt Ruecker aber natürlich nicht die Aufhebung des Korridors, sondern die Ablösung Ostpreußens vom Deutschen Reich und — als ersten Schritt — seine Eingliederung in das polnische Wirtschaftsgebiet. Ebenso wie ein schlechter Arzt ein durch Abschnürung erkranktes Glied nicht dadurch heilt, daß er diese Abschnürung beseitigt, sondern indem er das Glied amputiert.

Bemerkenswert ist, daß Ruecker in der Frage des polnischen Vorgehens gegenüber Ostpreußen sich vollkommen an Stokowski²⁾, von dem er auch sonst vieles entlehnt hat, anschließt, an diesen ehemaligen polnischen Generalkonsul in Königsberg, der die Behauptung aufgestellt hat, daß „von dem Augenblicke an, da das Land (sc. Ostpreußen) eine für die Verbindung mit Polen geneigte Haltung einnimmt, die ganze Frage sogleich einen inneren Charakter erhält und nur Polen und Ostpreußen, aber niemanden sonst, angeht“ (S. 120)³⁾.

Und damit hängt es auch logisch zusammen, daß die jetzige Politik des Deutschen Reiches gegenüber Ostpreußen und die Stellung der deutschen öffentlichen Meinung zu dem ostpreußischen Problem auf jede Weise diskreditiert werden müssen. So soll nach Meinung unseres Verfassers das „Sofortprogramm“ nicht defensive, sondern lediglich offensive, gegen Polen gerichtete, Aufgaben erfüllen. Und auch die geplante Ansiedlung in Ostpreußen ist für ihn nur die Nachfolgerin der Ansiedlungskommission in Westpreußen und Posen und hat ebenfalls wie diese einen gegen Polen gerichteten aggressiven Charakter.

Den Gipfel perfider Verdrehungskunst erreicht aber Ruecker in folgenden Sätzen: „Dies hier skizzierte gegenwärtige Stadium des ostpreußischen Problems ist etwas mehr als ein Anzeichen dafür, daß trotz dem Vorhandensein der Republik und trotz den sozialdemokratischen Wahlerfolgen in dem am meisten rückständigen Teile des Deutschen Reichs sich die rückständige Politik früherer Zeiten erhalten hat und noch erhält. Trotz allen organischen Unterschieden liegt es in der Natur aller Gesellschaftsgruppen, daß sie allmählich gewisse Kollektiv-Ziele ausbilden, Ziele, deren Rechtfertigung man in ihrer geistigen Struktur, aber nicht auf dem Gebiete der Logik oder Ethik suchen muß.“

Im Gegensatz zu andern Völkern, zu den Franzosen, welche vierzig Jahre lang den Willen gehabt haben, die ihnen unrechtmäßig abgenommenen Länder zu befreien; oder im Gegensatz

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) Siehe dessen Schrift: „Z krainy Czarnego Krzyża“ (Aus dem Lande des Schwarzen Kreuzes) Polen 1925. Vgl. auch „Ostland-Berichte“, Jhg. I Nr. 2, S. 37.

3) Vgl. auch die Ausführungen Stokowskis auf der Tagung der Ermländer und Masuren, die am 8. XII. 1928 in Bromberg stattfand, über das ostpreußische Problem. Wir werden darauf im nächsten Hefte der „Ostland-Berichte“ ausführlich eingehen. (Red.)

zu den Polen, deren Kollektivbestreben über ein Jahrhundert lang auf die Wiedererlangung der Freiheit gerichtet war, erzeugt der Kollektiv-Wille der verpreußten Deutschen unklare, unlogische aggressive Ziele“ (S. 122).

Unseres Erachtens ist der „Kollektiv-Wille“ des deutschen Volkes ganz klar und offen genau so wie derjenige der Franzosen nach 1871 darauf gerichtet, die ihm „unrechtmäßig abgenommenen Länder zu befreien“. Und zu diesen gehört in erster Linie der vielgenannte Korridor, die Wurzel alles Übels in Osteuropa.

Aber was bei Franzosen und Polen lobenswert ist (vergleiche oben die Ausführungen Rueckers über die berechtigten Rüstungen Frankreichs und Polens und den verbrecherischen Militarismus Deutschlands), das ist, wenn es von deutscher Seite geschieht, eine schwere Sünde.

Am Schluß seiner Schrift, auf der gleichen Seite, auf welcher er unter Berufung auf den bekannten russisch-englischen Publizisten Poliakoff, der unter dem Pseudonym „Augur“ der Warschauer Zeitung „Kurjer Poranny“ auf Bestellung im polnischen Sinne gehaltene Artikel schreibt, von den Deutschen verlangt, daß sie Polen als einen gleichberechtigten Partner ansehen müßten, läßt sich der Verfasser zu Ausführungen hinreißen, die so recht seine wahre Gesinnung erkennen lassen. Er behauptet, die Herabsetzung und Verächtlichmachung Polens gehöre zum preußischen System und fährt dann fort: „Man braucht sich darüber nicht zu wundern. Der preußische Staat konnte seine Herrschaft über die Polen nur dadurch befestigen und das Verbrechen der Zerreißen des ganzen Volkes dem Auslande gegenüber nur dadurch verbergen¹⁾, indem er sich und den Fremden vorredete, daß die Polen ein zweitrangiges Volk, ein Ferment der Unordnung seien, das eine starke Hand brauche. Polen leidet noch heute an den Folgen dieser konsequent und breit angelegten unerhörten Verleumdungskampagne, die fast während eines Jahrhunderts das Königreich Preußen als seine edelste Aufgabe ansah²⁾. Diese Kampagne führte im Innern Preußens dazu, daß im Laufe der Zeit die Verleumder selbst an die Wahrheit der durch sie fabrizierten Lügen glaubten. Die wirtschaftliche und kulturelle Knechtung der Polen in den durch Preußen geraubten Gebieten³⁾ kam diesem psychologischen Prozeß zu Hilfe“ (S. 124).

Während uns also aus diesen Äußerungen des Verfassers eine Gesinnung entgegentrifft, die von Versöhnlichkeit gegenüber Preußen recht weit entfernt ist, verlangt er im gleichen Zusammenhang von Deutschland eine Sinneswandlung gegenüber Polen.

Deutschland muß nach der Forderung Rueckers eine „Evolution“ (ein beliebtes Schlagwort unseres Verfassers) durchmachen, das heißt, es muß Polen als Staat und in seiner gegenwärtigen Gestalt anerkennen. Oder mit andern Worten unser Autors, die „verpreußten Deutschen“ müssen die preußische Hegemonie stürzen und damit auch den „unklaren, unlogischen und aggressiven Zielen“ dieser von Preußen ausgehenden gegen Polen gerichteten Politik entsagen, dann wird Polen „diesem zur Wahrheit bekehrten deutschen Volke⁴⁾“ bereitwillig die Hand reichen! (S. 127.)

Unser Verfasser, der vorgibt, das gegenwärtige Deutschland so genau zu kennen, hat aber eine wichtige Tatsache übersehen. Die gemeinsame große Not, in welche der Traktat von Versailles das

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) Dem Verfasser müßte eigentlich auch bekannt sein, daß die ungünstige Meinung, die sich während des 19. Jhdts in Europa über die Polen bildete, gerade von den heute als besten Freunden gefeierten Franzosen verbreitet wurde, und zwar seit den Zeiten der sogenannten „Emigration“, als mehrere Tausend polnischer Offiziere und Soldaten, die an der Revolution und dem nachfolgenden russisch-polnischen Kriege von 1830/31 teilgenommen hatten, ihre Zuflucht in Frankreich suchten. Vergleiche auch die sehr interessante Zusammenstellung aus der französischen Literatur durch Professor Wedkiewicz in der Zeitschrift „Przeład Współczesny“ September 1928, S. 504 ff., unter der Überschrift: „Der Pole als unerwünschter Gast in Frankreich“.

3) Von uns gesperrt. (Red.) Diese unerhörte Behauptung des Verfassers wird durch die täglich sich mehrenden Äußerungen polnischer Zeitungen aus Polen und Westpreußen Lügen gestraft, in denen immer wieder der berechtigte Stolz auf die höhere materielle und geistige Kultur dieser Gebiete im Vergleiche mit Kongregipolen und Galizien zum Ausdruck kommt. Vgl. auch S. 28 ff. dieses Heftes der „Ostland-Berichte“.

4) Von uns gesperrt. (Red.)

deutsche Volk in seiner Gesamtheit, den Westen und Osten Deutschlands aber noch in verstärktem Maße gestürzt hat, hat das deutsche Volk erst recht zu einer Einheit zusammengeschmiedet. Die Not des Westens wird im Osten wie die eigene empfunden und umgekehrt. Und ebenso bricht sich in Süd- und Mitteldeutschland immer mehr die Überzeugung Bahn, daß das Ost-Problem nicht eine innerpreußische Angelegenheit, sondern ebenso wie die Rheinlandfrage eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes ist. Und daher wird der Versuch und Vorschlag des Herrn Ruecker, das übrige Deutschland von Preußen zu trennen, zu einem unbedingten Mißerfolg verurteilt sein.

[Niemcy, Prusy, a Polska (Deutschland, Preußen und Polen), Krakau, 1928. 131 Seiten.] **(4)**

Zur Geschichte der oberschlesischen Aufstände.

1. Die Vorgeschichte.

In der Festnummer der Kattowitzer Zeitung „Polska Zgodnia“ zum 11. November 1928 findet sich u. a. ein Aufsatz von E. Krzemiński „Aus der Umsturzzeit in Schlesien“, der manche interessante Einzelheiten aus der Vorgeschichte der Aufstände enthält.

Zunächst tritt der Verfasser der Meinung entgegen, daß die nationale Gesinnung der Oberschlesier erst ein Ergebnis bzw. eine Folge des Krieges oder der Nachkriegswandlung sei. Er meint, „diese Überzeugung und das Bedürfnis nach nationaler Unabhängigkeit existierte in der Bevölkerung Schlesiens schon vor dem Weltkriege“. Abgesehen davon, daß bei den Abstimmungen eine große Zahl polnischer Stimmen für Deutschland abgegeben wurden, widerspricht dem auch die spätere Bemerkung über die unentschiedene Haltung der polnischen Presse in Oberschlesien. Ganz so sicher fühlt sich der Schreiber mit seiner Behauptung auch selbst nicht, zum mindesten gibt er etwas umwunden zu: „die Stimmung der Bevölkerung während des Krieges war verschieden“. Das habe damit zusammen gehangen, daß die polnische Intelligenz in Oberschlesien gering war (in dem damaligen Regierungsbezirk Oppeln habe sie kaum 10 Repräsentanten aufweisen können).

Über die Haltung der Presse bemerkt der Verfasser: „sie gewann erst in den ersten Kriegsmonaten eine entschiedene Richtung, die Zeitung „Katolik“ in Beuthen rechnete mit dem Sieg der Zentralmächte, die „Gazeta Opolska“ legte sich nicht in einer bestimmten Richtung fest, dagegen hatten die „Gazeta Ludowa“ (unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Pfarrers Pospiech) und die „Nowiny Opolskie“ einen entente-freundlichen Text“.

Wie sehr die antideutsche Propaganda gerade während des Krieges gearbeitet hat, wird aus folgender Bemerkung ersichtlich: „die „Gazeta Ludowa“ erhöhte im Laufe des Krieges, trotz zahlreicher Beschlagnahmen, die Auflage von 4000 auf 22 000 Stück, ihr nationaler und antideutscher Standpunkt fand also in der Gesellschaft Widerhall“. Immerhin „fand aber der Ausbruch der Revolution in Deutschland Schlesien zu keiner irgendwie gearteten nationalen Handlung — im Sinne aktiver Erlangung der Unabhängigkeit — (wie in Posen!) vorbereitet“.

Erst im Laufe der nächsten Monate bildeten sich die entsprechenden mehr oder minder geheimen bzw. verkappten Organisationen. Von der nationalen Organisation der Polen vor dem Kriege, dem „Zentralen Wahlkomitee“, zu dem sämtliche Parteien außer den polnischen Sozialisten gehörten, war während des Krieges manches verloren gegangen. Die abwartende Haltung der Polen in Oberschlesien erklärt sich nach Meinung des Verfassers vielleicht auch dadurch, daß die meisten der oberschlesischen Soldaten noch nicht zurückgekehrt waren.

Ein Versuch zu aktivem Vorgehen war allerdings schon gemacht worden. So berichtet unser Gewährsmann: „Das Mitglied des Soldatenrats der Garnison Beuthen, Grzegorzek, wandte sich heimlich an die Polen und informierte sie, daß die militärischen Kräfte schwach seien, daß die Deutschen einen polni-

schen Angriff befürchteten, und wünschte gleichzeitig, die Polen sollten die Behörden übernehmen.“ Das erfolgte freilich nicht, immerhin gab dieser Schrift aber den Anlaß zur Gründung des „Bürgerklubs“ („Klub Obywatelski“), „der zwar nicht offiziell, jedoch faktisch eine ganze Reihe von Wochen und Monaten die Einrichtung war, in der sich das gesamte polnische Leben konzentrierte, von der die Initiative ausging.“

Die Verbindung mit Posen war inzwischen hergestellt, und Mitte November kam von dem Volksrat („Rada Ludowa“) in Posen der „Befehl“ (!), Volksräte zu bilden und zum Teilgebietslandtag („Sejm dzielnicowy“) in Posen Delegierte in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Gleichzeitig „organisierte die „Lesehallengesellschaft für Frauen“ („Towarzystwo Czytelni dla Kobiet“) die Hilfe für den künftigen polnischen Soldaten“. Die Haltung der deutschen Behörden in dieser Zeit gegenüber den schon „ohne Genehmigung der Behörden“ einberufenen Versammlungen wird als „ganz erträglich“ bezeichnet!

Inzwischen hatte der „Teilgebietslandtag“ in Posen in Oberschlesien (und in Ostpreußen) Unterkommissariate errichtet. In Oberschlesien trat an die Spitze dieses Unterkommissariats der Rechtsanwalt Rafimír Czajla; und sofort entstanden Kreis- und Gemeindevolksräte, die „obwohl sie keine staatsrechtliche Gewalt besaßen, jedoch der Gesellschaft Hilfe boten gegen die verschiedenen deutschen Gewalttaten“. Über die Gegenmaßnahmen auf deutscher Seite lesen wir folgendes: Nach der Ernennung Hörsings zum Kommissar entstand neben dem Grenzschutz der „Heimatschutz“, „... . der die Polen zu provozieren, zu überfallen und zu ermorden begann“. Die Gewalttaten hätten sich nach der Überreichung der Friedensbedingungen so gemehrt, daß nicht Hunderte, sondern Tausende von Leuten, die ihrer öffentlichen Tätigkeit wegen bekannt waren, über die Grenze gehen mußten, und zwar „mußte die ganze Intelligenz¹⁾ wochenlang außerhalb Schlesiens verweilen.“

Der von dem „Sokół“ und ähnlichen Organisationen bereits Ende April bzw. Mitte Mai 1919 geplante Aufstand kam nicht zustande, weil der Volksrat in Posen damit nicht einverstanden war. Korsanty habe gemeint: „Die Entente will uns mehr von Schlesien geben als wir verlangen.“ Dann hieß es wieder, daß erst die Ankunft der Haller-Armee abzuwarten sei. Und da diese nicht, wie ursprünglich von polnischer Seite geplant war, über Danzig, sondern mit der Eisenbahn durch Deutschland transportiert wurde, war die Posener Leitung gegen einen Aufstand, „da jeder Aufstand die Festhaltung der Haller-Armee durch die Deutschen herbeiführen konnte“. Über die dadurch herbeigeführte Verzögerung klagt der Verfasser: „Und wieviel Polen ermordeten inzwischen die Deutschen, wie viele setzten sie gefangen, wieviel polnisches Gut stahlen sie!“

Nachdem die Verhandlungen in Versailles für Polen eine günstige Wendung genommen hatten, erhielten „im Juni 1919 die Kampforganisationen Befehl, die Liquidation herbeizuführen“. Die Mitglieder des Komitees wurden dadurch derart aufgebracht, daß sie den Befehl zum Aufstand gaben, der auch ausgebrochen wäre, wenn nicht Korsanty durch sein persönliches Erscheinen die Ruhe wiederhergestellt hätte.

Von dem Mitte August in den Kreisen Pleß, Beuthen und Kattowitz ausgebrochenen Aufstande wird nur berichtet, daß dieser schnell liquidiert wurde, und „Hunderttausende (??) unserer Bevölkerung mußten Schutz im freien Polen suchen“.

Von welch fanatischem Deutschenhaß dieser ganze Artikel eingegeben ist, zeigt einer der letzten Sätze, in dem es heißt: „Das deutsche Militär begann zu schwelgen, mordete alt und jung, Frauen und sogar Kinder. Der Kommissar Hörsing gab eine Verordnung heraus, wonach die Bevölkerung ohne Gerichtsverfahren zu ermorden sei . . . Den Deutschen ging es darum, die größtmögliche Zahl von Menschen zu morden, damit bei der Abstimmung weniger Stimmen für Polen vorhanden seien.“

[„Polska Zachodnia“, Nr. 313 (11. XI. 1928), S. 25.]

1) Vorhin hat der Verf. selbst sie auf höchstens 10 Personen beziffert! (Red.)

2. Der Verband der Aufständischen Oberschlesischen.

Wie dieser Geist, der in drei oberschlesischen Aufständen zutage trat, jetzt noch auf polnischer Seite unter maßgebender Förderung des höchsten Beamten der Provinz, des Wojewoden Dr. Grażyński, der an diesen Aufständen tätigen Anteil nahm und sich stolz den „Aufstands-Wojewoden“ nennt, gefördert wird, sei an dem nachfolgenden Bericht, der ebenfalls der Zeitung „Polska Sachodnia“ entnommen ist, gezeigt.

Auf der am 16. September in Kattowitz stattgefundenen Generalversammlung der Delegierten des „Verbandes der Oberschlesischen Aufständischen“, der neben Vertretern vieler Militär- und Zivilbehörden, ähnlicher Verbände (Legionäre u. ä.) auch der Wojewode Dr. Grażyński beimohnte, erstattete der Präsident des Hauptvorstandes, Rudolf K o r n k e, ein ausführliches Referat über „die Geschichte und Tätigkeit des Verbandes d. O. S. A.“, aus dem wir u. a. folgendes entnehmen:

Danach sei der Verband nicht entstanden, um persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen oder etwas in der Art schon bestehender Verbände zu gründen, sondern „der Gedanke zur Schaffung einer Organisation der Aufständischen entstand aus nationaler Notwendigkeit in der für die Republik Polen bedeutungsvollsten Zeit“, nämlich „einige Monate vor der Entscheidung der Botschafterkonferenz, in dem Augenblicke der Liquidierung der mehrere Zehntausende (zählenden) Armee aus Arbeitern und Bauern, die — in voller Ausrüstung — erschöpft von mehrmonatlichen Kämpfen nach Hause zurückkehrten.“ . . . Von den demobilisierten Aufständischen blieben drei Viertel arbeitslos; mehrere Tausend gingen nach Kongresspolen, „der größte Teil davon kehrte aber nach kurzer Zeit in kläglichem und demoralisiertem Zustand (!) nach Oberschlesien zurück, um die Unzufriedenheit und das Chaos unter der Masse der demobilisierten Aufständischen zu vermehren“. Dazu kamen Tausende von Flüchtlingen aus den Gebieten jenseits der Oder.

In dieser Zeit, da bereits von der Schaffung eines autonomen Kleinstaats unter dem Protektorate des Völkerbundes, „oder sogar Deutschlands“, gleichzeitig aber von einem bevorstehenden Aufstand der Deutschen geredet worden sei und sich „deutsche Banden in der Richtung auf das Industrievier vorgehoben“ hätten, während die politischen Behörden in Ost-Oberschlesien die politische Situation nicht aufgeklärt hätten, . . . sei der Verband entstanden. „Er übernahm als Aufgabe, die Vertretung und Verteidigung der Bevölkerung Schlesiens, die tätig ihre Zugehörigkeit zum polnischen Staat dokumentiert hatte; sein weiteres Ziel war die Verteidigung der polnischen Rechte auf Schlesien und die Abwehr antipolnischer Maßnahmen, ferner Hilfe und Verteidigung für die Aufständischen gegen Not, Terror und Unrecht.“

Die Tätigkeit des Verbandes habe sich in den verfloßenen sieben Jahren nicht immer günstig gestaltet. Anfangs sei der Verband zwar nach außen hin groß und bedeutend gewesen, die Organisation dagegen schwach. Der Verfasser schiebt die Hauptschuld hieran auf „die absolute Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse bei den hohen und niedrigen Staatsbeamten, die aus nicht-schlesischen Gebieten dorthin kamen, schließlich (auf) die Versuche der Parteien, den Verband zu sprengen“. Die Zeiten hätten sich nach den Maiereignissen 1926 geändert, „aus denen der Verband stärker als je hervorging“.

Zwar habe er „eine Handvoll“ seiner Mitglieder verloren, die mit Korzanty den sogenannten „Nationalen Verband der Aufständischen und ehemaligen Soldaten“ („Związek Narodowy Powstańców i Byłych Żołnierzy“) gegründet hätten, dafür „aber konsolidierte er sich innerlich und erlangte in der öffentlichen Meinung, trotz der Angriffe gegen ihn, eine Bedeutung als erstrangiger Faktor mit entscheidender Stimme“. Diese Entwicklung sei besonders nach dem Amtsantritt des Wojewoden Dr. Grażyński zu beobachten gewesen: „Dank dem Herrn Wojewoden Grażyński und der Änderung in den Verhältnissen nach dem Mai 1926 zu unseren Gunsten, war der Verband imstande, Tausende von Aufstandsteilnehmern an Stelle der verdrängten Deutschen unterzubringen und ihnen Arbeit zu geben.“

Über den Mitgliederstand des Verbandes wird angegeben, daß er im Jahre 1921 rund 23 000 Mitglieder umfaßt habe. Davon seien 5000 abgewandert, rund 1000 verstarben; ein weiteres Tausend sei ausgestoßen worden, so daß als Gesamtverlust 7000 Mann anzunehmen seien. Heute besitze der Verband in Oberschlesien 365 Gruppen mit 36 000 Mitgliedern, davon 33 000 Aufständische. Dazu kämen in den angrenzenden Wojewodschaften noch 13 Gruppen mit 3000 Mitgliedern (davon 1700 Teilnehmer an den Aufständen gegen die Tschechen usw.). Demgegenüber sei die Stärke der anderen Verbände gering. Wichtig ist die Mitteilung, daß der Verband im letzten Jahre an die Gründung von Jugendabteilungen geschritten sei, von denen es heute bereits 42 mit 2000 Mitgliedern gebe. Als Organ für die „Befehle des Hauptkommandos“, für die dauernde Information über die Tätigkeit des Verbandes sei die Verbandszeitung „Der Schlesische Aufständische“ (Powstaniec Śląski) entstanden. Ferner wolle der Hauptvorstand den Bau des „Hauses des Schlesischen Aufständischen“ (Dom Powstańca Śląskiego) u. a. durch eine Lotterie, die 200 000 Zloty erbringen soll, zustande bringen.

Im übrigen betrachtet es der Verband als eine seiner Hauptaufgaben, zu erreichen, „daß die maßgebenden Kreise es als ihre Hauptpflicht anerkennen, den früheren Teilnehmern an den Aufständen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen“. Denn die Forderungen des Verbandes in dieser Hinsicht leicht zu nehmen und zu ignorieren, wie dies geschehe „durch gewisse Ämter, einen Teil der polnischen Oberbeamten der Schwerindustrie . . ., ist niederträchtig, wir betrachten das als staatschädlich und strafwürdiges Vergehen . . . Um einen Teil Oberschlesiens mit dem polnischen Mutterlande zu verbinden, vollzogen sich drei blutige Aufstände, in denen, wegen des Fehlens der Intelligenz, Leute aus dem Volk das Volk führten. Es gab also Aufstände, und es gibt auch Aufständische. Niemand kann über das eine oder das andere zur Tagesordnung übergehen, und völliger Irrtum wäre die Annahme, daß mit der Beendigung auch die Aufständischen gewesen wären.“

Im weiteren umschreibt der Referent in heftiger Polemik gegen Korfanty die Stellung des Verbandes: „er bekämpft aufs Schärfste die staatschädlichen (sc. von den Polen selbst ausgehenden) separatistischen Tendenzen, die mit dem Polentum nichts zu tun haben, wie auch diejenigen, die von der anderen Seite kommen . . .“ Und als Ziel wird eine Nivellierung der in den einzelnen früheren Teilgebieten herrschenden Strömungen und Anschauungen bezeichnet.

Im Sinne dieser Ausführungen wurden dann auch die besonderen Tagungsbeschlüsse gefaßt, von denen wir hier nur erwähnen: „ . . . die Zentralbehörden sollen sich mehr für das Schicksal unserer Brüder, die unter dem preußischen Joch verblieben sind, interessieren, da sie dort von dem Terror der Kampforganisationen und den Verwaltungsschikanen bedroht werden, wodurch den dortigen Polen Entnationalisierung droht . . .“

„Wir stellen fest, daß immer mehr Juden nach Oberschlesien kommen, dadurch die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit vermehren und durch ihre niedrige Kultur und östliche Unsauberkeit die allgemeinen, wirtschaftlichen, sittlichen und gesundheitlichen Zustände verschlechtern. Diese schädliche Einwanderung ruft erneut den schon verschwindenden Teilgebetsseparatismus hervor. . . .“

Ganz besonders angegriffen wird Korfanty, „der moralisch boykottiert werden soll, . . . immer noch steht er im Dienste der Deutschen, in seiner Zeitung „Polonia“ schadet er den polnischen Interessen im Auslande durch die Veröffentlichung falscher Nachrichten über die Zustände in Schlesien.“ Außerdem wird noch gefordert: „die Behörden sollen ihre Rechte ausnutzen und zur Polonisierung sowie Kontrolle der Schwerindustrie schreiten, da noch heute ein Teil von dieser dem polnischen Staat feindlich gegenübersteht. . . . Bei der Besetzung der leitenden Stellen sollen Beamte, die national „sicher“ sind, berücksichtigt und die Ernennung von Personen, die nur dem Namen und der Herkunft nach Polen sind, dagegen vollkommen deutschen oder fremden Einflüssen unterliegen, verhindert werden“

Schließlich seien noch einige charakteristische Stellen aus der Rede des Wojewoden Grażynański, „des geistigen Führers“ (wie er auf der Tagung genannt wurde) wiedergegeben. Dieser [als früherer Generalstabschef der 4. Gruppe der Aufständischen] erklärte: „Nach meiner Meinung ist die Geburt auf diesem Boden kein Ausweis der Zugehörigkeit zu ihm. . . . Der wichtigste Faktor ist die Idee, die Überzeugung, die Tat, die Hingebung und der opferwillige Kampf um die Größe und Freiheit des Vaterlandes! Durch diese Bande fühle ich mich (der aus einem anderen Teilgebiet hierher kam) mit diesem Boden verbunden . . . betrachte ich mich als echten Sohn der schlesischen Erde.“ (Lauter Beifall.)

Wenn Grażynański fortfährt: „der dritte Aufstand war die Frucht gerade dieser Ideologie, dieser heldenhaften Hingabe, da er aus dem Volk entsprang und nicht — wie unsere Feinde verkünden — von außen organisiert wurde,“ so dürfte er selbst der beste Gegenbeweis gegen diese Behauptung sein. Um den Vorwurf der Organisation von anderswoher (d. i. von Polen) abzuschwächen, erklärt er weiter, daß der Aufständische nach seiner „opferreichen Hingabe“ keinerlei Unterstützung von der Gesellschaft genossen habe, sondern sogar „von gewissen Politikern seien die Aufständischen wie gewöhnliche Verbrecher behandelt worden . . .“ Welche Versprechungen aber den Aufständischen vorher gemacht worden waren, erwähnt Grażynański nicht. Und daß er selbst, der nicht aus Oberschlesien stammte, den Aufständischen erst die Waffen in die Hand gedrückt hat, betont er im gleichen Zusammenhang mit besonderem Stolz.

Für die Zukunft fordert Grażynański, der „Aufstandswojewode“ („wojewoda-powstaniec“, wie er sich selbst nennt) den Verband insbesondere „zur organisatorischen, kulturell-aufklärenden Tätigkeit“ auf. Hier müsse der Einfluß des Verbandes noch tiefer in die öffentliche Meinung eindringen, damit der schlesische Wojewodschaftslandtag „weitere wichtige Bestimmungen, durch welche das Polentum dieses Gebietes gestärkt wird, erläßt, ebenso wie er unter seinem Einfluß den Beschluß faßte, die Bestimmung über die 8-jährige Frist betr. die Aussetzung der Militärpflicht für Oberschlesien zu beseitigen.“

Besonders der folgende Satz aus der Ansprache Grażynańskis zeigt, daß dieser höchste Beamte des Wojewodschaftsbezirktes sich noch heute offen zu dem unbedingt gegen alles Deutsche gerichteten Programm der ober-schlesischen Aufständischen bekennt und dessen Verwirklichung als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansieht: „Der Verband muß also diejenige soziale und politische Kraft sein, die beitragen soll zur Klärung des politischen Programms der Wojewodschaft, und ich als Wojewode soll diese Kraft als Stütze verwenden.“

[„Polska Zachodnia“, Nr. 258 (17. IX. 1928), S. 2; Nr. 259 (18. IX. 1928), S. 3—5.] (7)

Posen und Warschau.

Gelegentlich der Zehn-Jahresfeier des Posener Dezemberaufstandes erschien in dem „Głos Prawdy“ (Pilsudskiblatt) ein Aufsatz, der sich besonders mit der Frage der geistigen Teilbegrenzung beschäftigt. Der Verfasser meint, gelegentlich der Schilderung des Dezemberaufstandes müsse auch „eine gewisse Begriffswandlung — sowohl in den breiten Schichten der Bevölkerung als auch bei den einzelnen Persönlichkeiten, die nach außen hin die Führerstellen in der öffentlichen Meinung unserer Westmarken einnehmen,“ berührt werden.

Denn „in den ersten Jahren des jetzt verflissenen Jahrzehnts gemeinsamer Geschichte des Posener Gebiets und des Gesamtstaates sehen wir so etwas wie Mißtrauen gegenüber dem übrigen polnischen Volk, so etwas wie Unwillen gegen eine vollkommene Vereinigung mit ihm¹⁾.“ Seinen Ausdruck habe dieses Mißtrauen in der Er-

1) Von uns gesperrt (Red.).

richtung eigener Lokalbehörden, deren Zentrale das Ministerium für das frühere preußische Teilgebiet bildete, gefunden, ferner in Pressestimmen, die ungezählte Male die Teilgebietsbesonderheiten und insbesondere die höhere Wirtschaftskultur Posens unterstrichen hätten. Den kräftigsten Ausdruck aber hätten diese separatistischen Strömungen während des polnisch-russischen Krieges gefunden: „Damals entstand in gewissen Köpfen — übrigens nicht übermäßig einflußreichen¹⁾ — ein Gedanke, der in seinen Folgen das größte Unglück für Polen hätte werden können, nämlich der Plan, das Posener Teilgebiet von dem übrigen Staate, der dann in dem angestrengten Ringen mit dem blutigen Angriff seinem eigenen Geschick überlassen gewesen sein wäre, abzureißen.“ Als zweites Beispiel nennt der Verfasser das Verhalten der Provinz Posen beim Maiumsturz des Jahres 1926, wo sie sich abermals gegen Warschau gestellt habe — „aus (angeblicher) Loyalität gegenüber den rechtmäßigen Staatsbehörden“, die aber als Deckmantel für die separatistischen Strömungen habe dienen müssen. Wenn es weiter heißt, „noch einige Zeit danach verschaffen sich die Schlagworte des Teilgebietsseparatismus in Posen Gehör und Glaube, noch treffen wir in der Presse öfters Ausfälle, Beschuldigungen . . . gegen die Zentralbehörden“, so heißt das doch, daß auch heute noch nicht die geistige Grenze zwischen Posen und dem übrigen Polen verschwunden ist. Das klingt glaubwürdiger als die Bemerkung, daß „der gesunde Instinkt“ der Posener Bevölkerung längst erkannt habe, auf welcher Seite das Recht liege, und daß den Politikern (gemeint ist damit die Nationaldemokratie!) der Grund unter den Füßen schwinde. Wenn man beachtet, welche Mißerfolge die Politiker der „Sanierung“ (Unparteiischer Regierungsblock) bei ihrem Auftreten im Posener Gebiet erfahren haben (z. B. die Studentenkrawalle in Posen im November 1928!), so ergibt sich, daß immerhin noch eine geraume Zeit verfließen dürfte, bis „die völlige ideelle Vereinigung Posens mit dem übrigen Volke“, die der Verfasser schon jetzt glaubt feiern zu können, tatsächlich vorliegt.

[„Głos Prawdy“, Nr. 357 (28. XII. 1928), S. 3.]

Zur Frage der Intensivierung der polnischen Landwirtschaft.

Zu diesem Thema bringt die in Posen erscheinende Zeitung „Dziennik Poznański“ aus der Feder von Dr. L. Fall recht bemerkenswerte Ausführungen, aus denen unter anderm die geradezu entscheidende Bedeutung, welche die ehemals deutschen Gebiete (Westpreußen und Posen) für die polnische Getreideproduktion haben, hervorgeht.

Zunächst zeigt der Verfasser an einer tabellarischen Zusammenstellung über den Getreideumsatz während der letzten drei Wirtschaftsjahre 1924—1927, daß die polnische Landwirtschaft in diesem Zeitraum nicht imstande gewesen ist, den Bedarf des Landes an Weizen, Roggen und Hafer zu decken (abgesehen von dem Rekordjahr 1925/26) und daß lediglich Gerste in größeren Mengen ausgeführt werden konnte:

Getreideart	1924/25			1925/26			1926/27			Saldo für 3 Jahre
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	
Weizen	514	—	+ 514	18	143	— 125	240	19	+ 221	+ 610
Roggen	134	48	+ 86	2	243	— 341	126	87	+ 39	— 216
Gerste	5	94	— 89	1	169	— 168	3	93	— 90	— 347
Hafer	80	—	+ 80	5	93	— 88	44	8	+ 36	+ 28

1) Wenn hierbei erwähnt wird, daß die Nationaldemokratie diese Strömungen genährt habe, so klingt die Bemerkung „nicht zu einflußreich“ gerade nicht sehr überzeugend

Die Auswirkung dieser bedeutenden Getreideeinfuhr zeigte sich in der Außenhandelsbilanz des Wirtschaftsjahres 1926/27 durch ein Defizit von 119 038 000 Zloty und im Wirtschaftsjahr 1927/28 durch ein Defizit von 145 589 000 Zloty an.

Fall bemerkt hierzu mit Recht: „Und so reicht unsere Getreideproduktion, statt die Grundlage für den Wohlstand in Polen zu sein und ein festes unerschütterliches Fundament für die Aktivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz zu bilden, in Wirklichkeit in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht einmal für die Ernährung des Landes aus und belastet sogar die Bilanz unseres Handelsumsatzes mit dem Auslande durch ein dauerndes und ernstes Defizit.“

Den Grund für diese bedenkliche Wirtschaftslage Polens sieht der Verfasser in der auffallend geringen Ertragsleistung des polnischen Bodens. Und um diese Behauptung zu erhärten führt er die nachfolgend wiedergegebene Tabelle an, in welcher die Durchschnittserträge von einem Hektar in Polen mit denen in Österreich, der Tschecho-Slovakei, Deutschland und Dänemark aus den letzten fünf Jahren verglichen werden:

L a n d	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in kg	in kg	in kg	in kg
Polen	1170	1120	1230	1170
Österreich	1200	2100	1100	1100
Tschechoslowakei	1600	1500	1600	1400
Deutschland	1800	1500	1600	1600
Dänemark	2900	1500	2500	1900

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß Polen um ungefähr 30 % niedrigere Hektarerträge hat, als z. B. Deutschland, ganz zu schweigen von Dänemark, wo der Unterschied 60 % beträgt.

Eine wertvolle Ergänzung zu dieser Tabelle ist eine dritte vom Verfasser angeführte, welche die bedeutenden Verschiedenheiten des Hektarertrags in den einzelnen Teilen Polens während des Zeitraums von 1922—1926 in 100 kg (q) angibt:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Durchschnitt in Polen	11,7	11,2	12,3	11,7
zentrale Wojewodschaften	13,0	11,4	13,1	12,6
östliche „	10,3	8,5	8,9	8,1
südliche „	9,5	10,0	10,4	10,4
westliche „	17,8	14,8	18,4	17,7

Der Verfasser bemerkt zu dieser Tabelle:

„Wenn wir berücksichtigen, daß die zentralen Wojewodschaften, in denen die Ertragsleistung nicht viel über dem Durchschnitt ist, 34 % der Gesamtfläche Polens einnehmen, und die südlichen und östlichen Wojewodschaften, in denen die Ertragsleistung fast die niedrigste in ganz Europa ist, 53,1 % der Gesamtfläche des Staates ausmachen, so verstehen wir erst, wie unerhört niedrig der Stand unserer landwirtschaftlichen Kultur ist und welche ungeheuren Möglichkeiten des Fortschritts und des wirtschaftlichen Wohlstandes sich vor uns eröffnen könnten, wenn wir nur die Ertragsleistung der zentralen, östlichen und südlichen Wojewodschaften auf die Höhe der Ertragsleistung der westlichen Wojewodschaften, welche die Ertragsleistung der Tschecho-Slovakei übertrifft und sich kaum von der Deutschlands unterscheidet, bringen könnten. Die Erreichung oder wenigstens erhebliche Annäherung an dieses Ziel müßte das Alpha und Omega unserer Wirtschaftspolitik sein. Es ist dies eine hundertfach wichtigere Aufgabe, als die Sicherung oder Vergrößerung unserer Exportfähigkeit in dem einem oder andern kleinen Zweige unserer Industrie.“

Also Hebung der polnischen Landwirtschaft auf die Höhe, welche die Landwirtschaft in den unter preußischer Herrschaft angeblich so zurückgesetzten und vernachlässigten ehemals preußischen Provin-

zen Westpreußen und Posen (das sind die sog. „westlichen Wojewodschaften“) erreicht hat, das ist die Lösung, welche allein dem polnischen Wirtschaftsleben Rettung bringen kann.

[„Dziennik Poznański“, Nr. 250 (28. X. 1928), S. 13.] (5)

Der Kampf um den Hafen.

Aus Anlaß der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt sich dieser Aufsatz mit der Frage der Eisenbahn-tarife in bezug auf die Konkurrenz der polnischen mit den deutschen Häfen. Hierbei warnt der Verfasser (Direktor Uziembło von der „See- und Flußliga“) davor, sich von den Aufschwungsziffern für Gdingen und Danzig täuschen zu lassen, denn „sie würden uns ganz etwas anderes erzählen, wenn wir nicht das Gewicht der Güter, sondern deren Preise beachten würden.“

Hier wird endlich einmal von polnischer Seite bestätigt, worauf schon immer von Danziger Seite hingewiesen worden ist, wenn von dem angeblich „glänzenden Aufschwung“ des Danziger Hafens gesprochen wurde. Während sonst stets von polnischer Seite der mengenmäßige Umschlag betont wird, um den glänzenden Erfolg der polnischen Hafenpolitik zu zeigen, heißt es hier mit seltener Offenheit, „wer auch nur einen flüchtigen Blick auf diesen deutschen Hafen (d. i. Hamburg) wirft und das, was dort geschieht mit dem, was er in Danzig sah, vergleicht, — der begreift zweifellos sofort, daß wir noch weit entfernt von den großen Häfen Europas sind.“

Und um das noch deutlicher zu zeigen, zeichnet der Verfasser ein Bild von dem Danziger Hafen, wie es sonst in der polnischen Presse schwerlich zu finden sein dürfte. „Auf der Toten Weichsel kann man so ungehindert segeln wie nirgends auf der Welt. Es ist tatsächlich dort tot und ruhig. Dort gibt es fast nichts von den Stückgüterladungen, mit denen die Schiffe nach Bremen oder anderswo kommen. Die Schiffe gehen leer ein — gehen mit Kohle aus — — und das ist alles.“

Im Anschluß daran wird wieder einmal die Ablenkung der polnischen Waren nach den deutschen Häfen mit Bedauern festgestellt; so hätten seinerzeit die Einkäufer aus Charkow die Lodzer Textilwaren ohne weiteres über Hamburg nach China verschifft. „Warum nicht über Gdingen? Warum nicht schließlich über Danzig? Der Transport war teurer.“ Hier folgt noch eine ganze Reihe von ähnlichen Beispielen. Bisher seien nämlich die Wirkungen der deutschen Kampf-tarife (Transittarife) noch nicht genügend berücksichtigt worden. „Unsere Eisenbahn sieht bisher dem Ganzen absolut passiv zu und berücksichtigt überhaupt nicht den Unterschied zwischen dem Landweg und dem See-Export, dessen Entwicklung über unsere gesamte Zukunft, so wohl die politische als auch die wirtschaftliche, entscheidet.“

Inzwischen hätten eine Reihe von Speditionsfirmen gerade wegen dieser Angelegenheit dem Eisenbahnministerium eine Denkschrift überreicht, die neben einer Schilderung der deutschen Tarifpolitik „ein Projekt neuer Tarife“ enthalte, das diese Bestrebungen (der deutschen Häfen!) „unschädlich machen und unseren Häfen mindestens die gleiche Stellung sichern würde“.

Soweit bekannt, solle dies Projekt von den in Frage kommenden Ministerien (Handels-, Finanz- und Verkehrsministerium) sehr günstig aufgenommen worden sein. Es seien darin u. a. eine Reihe von Tarifiermäßigungen vorgesehen, die aber, bei der erhofften Vergrößerung des Verkehrs von den Häfen zum Inlande, der Eisenbahn schließlich sogar größere Einnahmen verheißten würden. Endlich wird der Wunsch geäußert, daß dies Projekt möglichst schnell zur Tatfache werde, damit es bei den Handelsvertragsverhandlungen den gebührenden Einfluß ausüben könne.

[A. Uziembło in: „Głos Prawdy“, Nr. 340 (8. XII. 1928), S. 6.]

(9)

Für die Herausgabe verantwortlich: Dr. W. Recke in Danzig
Druck von W. F. Bureau, Danzig,